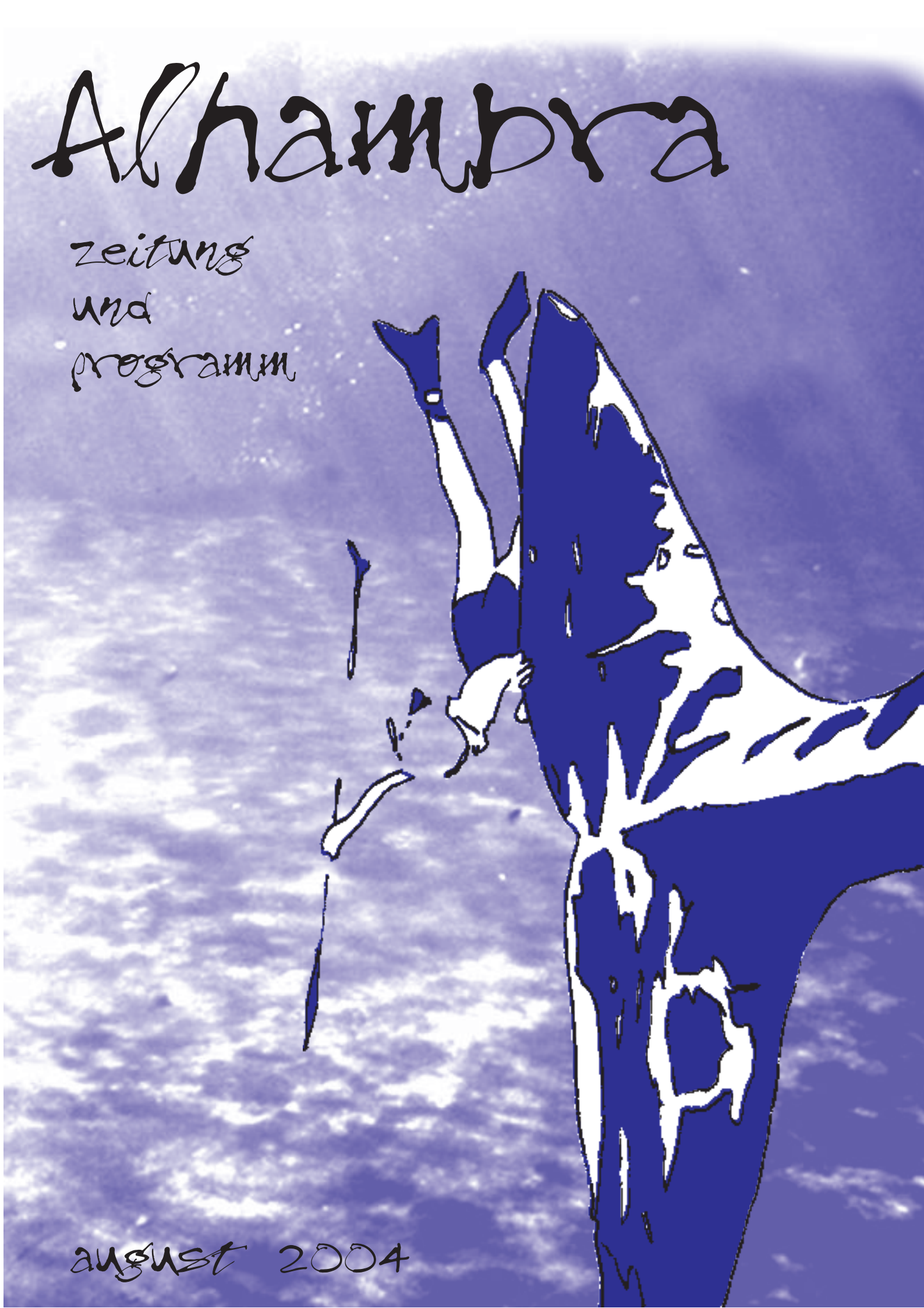
Alhambra

zeitung
und
programm



august 2004

alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich - oft mit Streß und Nerverei verbunden - tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das „NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

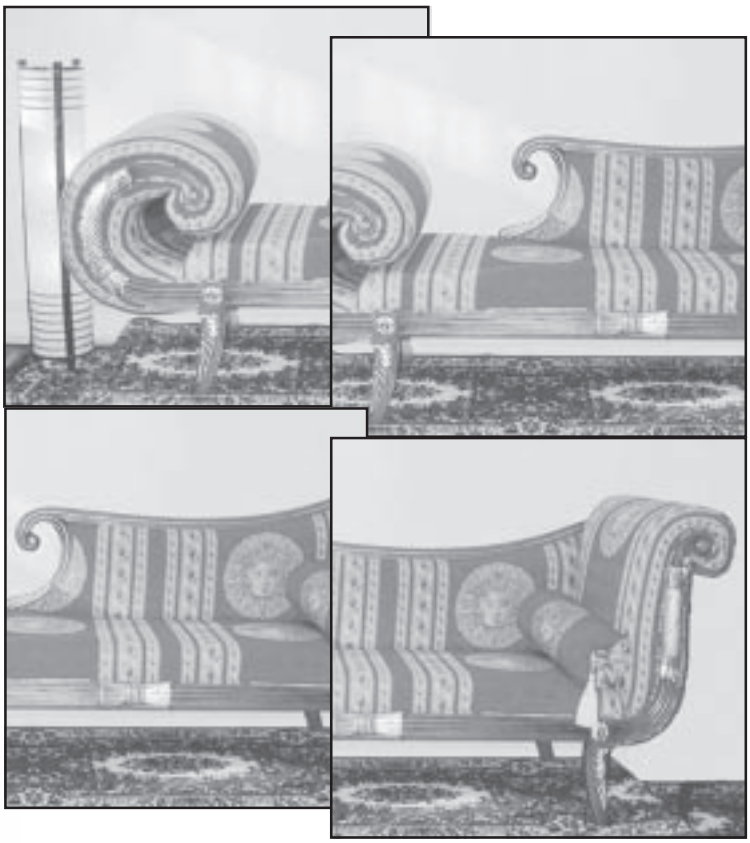
AK Rote Rispe, AKKU, ALSO-Plenum, Alternative Liste der C.v.O.-Uni, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Arbeitskreis Asyl, ASTA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Donna 45, Filmriß, Gruppe Links der C.v.O.-Uni, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Ini für offene Grenzen - gegen Abschiebung und Sondergesetze, Infoladen Metropole, Jazzclub Alluvium, Kampagne Mumia Abu Jamal Oldenburg, Lateinamerika-Gruppe, NaUnd e.V., Oldenburger Linke Liste (OLLI), Oldenburger Rechtshilfe, PDS - Linke Liste OL, Rosige Zeiten, SDAJ, Stachel, Wagenburg Blöder Butterpilz, zweiundvierzig,

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: K. Fischer

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

Inhalt

Anti Lager Tour 3
in Bramsche und Oldenburg
ALSO Veranstaltung 6
zum ALG II
Von fem. Staatskritik 8
zu gendermainstreaming
Shoppen und verschanzen 14
in Santiago
AKW WST 17
Infobrief
Militanz 18
ein Diskussionspapier
Kaspar 27
ist tot



Anti Lager Tour

Für Bewegungsfreiheit.
Gegen Abschiebung und Ausgrenzung

Abschiebeknäste - Abschiebelager - Aufnahmelager - Ausreisezentren - Containerlager - Einzelentscheider - Entrechtung - Flüchtlingswohnheime - Gemeinschaftsunterkünfte - Gutscheinsystem - Illegalisierung - Isolation - LASten - Personenkontrolle - Residenzpflicht – ZASTen - Zwangsarbeit für 1 Euro... So buchstabiert sich das Alphabet der alltäglichen Ausgrenzungs- und Nadelstichpolitik gegen Flüchtlinge in Deutschland.

Die Kampagne gegen die Lager ist ein Kampf gegen Grenzen, die uns unterteilen, einteilen und voneinander isolieren, uns beherrschbar, verwertbar und verfügbar machen sollen. Diese Einteilung und Aussonderung von Menschen machen wir nicht mit, nicht die Aufteilung der Gesellschaften und der Welt in Zonen der Armut und des Reichtums, des Zugangs zu Rechten und der Rechtlosigkeit, in Zonen des Krieges und falschen Friedens.

Wir wollen diese Fundamente der herrschenden Verhältnisse, die Zäune der Lager, die sichtbaren und unsichtbaren Grenzen untergraben, unser Wissen und unsere Erfahrungen im Widersetzen verknüpfen. Solidarität verbindet unsere Kämpfe für Befreiung miteinander!

Lager – überall in diesem Land gibt es diese Nicht-Orte, die auf keiner Landkarte verzeichnet sind. Wir wollen neue Karten zeichnen. Landkarten des Widerstandes, die sichtbaren Zäune und Mauern aktiv angreifen, laut herunterreißen oder leise umschiffen, unterspülen, unterlaufen, uns nehmen, was wir brauchen. Laute und leise Neins des alltäglichen Widerstehens, das laute und entschiedene Nein – NO!

Tourdaten

20.-24.8. Bramsche Hesepe
25.-26. 8. Hannover (Abschiebeknast Langenhagen)
26.8. Aktionstag in Halberstadt (Sammellager in S.-Anhalt)
27.-31.8. Parchim, Tramm/Zapel, Schwerin
1.9. Berlin
2.-5.9. Camp in Eisenhüttenstadt

Hintergrund - ABSCHIEBELAGER, „AUSREISEZENTREN“

Seit Anfang 1998 gibt es die ersten speziellen Abschiebelager (Projekt X in Braunschweig, Haus 16 in Oldenburg). Mit ihnen schufen die Innenministerien eine weitere Variante im bereits seit den 80ern bestehenden Lagersystem. Obwohl Abschiebung oder die sog. „freiwillige“ Ausreise das offizielle Ziel ist, handelt es sich tatsächlich um Illegalisierungslager - auf die dort eingewiesenen Flüchtlinge wird soviel Zwang ausgeübt, dass die Hälfte es vorzieht, in die totale Rechtlosigkeit abzutauchen. Dies ist ein von den Behörden offiziell verlautbarter Erfolg. Geschaffen werden weitere papierlose, irreguläre ArbeiterInnen, die perfekt ausgebeutet werden können. Flüchtlinge, deren Asylantrag abgelehnt wurde, deren Abschiebung aber z.B. mangels Pass nicht realisierbar ist, werden ins Abschiebelager geschickt. Die betroffenen Flüchtlinge, die oft schon viele Jahre in Deutschland leben, müssen ihre Wohnung verlassen, ihr soziales Umfeld, ihre Arbeit aufgeben, Kinder ihre Schule, und sich viele Kilometer weit weg ins Abschiebelager begeben. Den Flüchtlingen in diesen Lagern wird das (Taschen-)Geld gestrichen, sie werden ständig kontrolliert, ihre Zimmer durchsucht, Gegenstände, die sie angeblich nicht besitzen dürfen, werden weggenommen. Sie müssen sich regelmäßig melden, werden immer wieder verhört, mürbe gemacht und unter Druck gesetzt, auf dass sie Deutschland endlich verlassen. Dies bedeutet einen permanenten Stresspegel für die Betroffenen; dem psychischen Druck und der massiven Einschränkung der Lebensgestaltung ist schwer standzuhalten. Aber trotzdem: Die Einführung der sog. Ausreisezentren in verschiedenen Bundesländern war immer schon von Widerstand innerhalb und außerhalb der Lagerzäune begleitet. In Bayern konnte die Landesregierung nach permanenten Protesten bis hin zu den Aktionstagen in Fürth im vergangenen Jahr keine weiteren „Ausreisezentren“ mehr durchsetzen. Der Widerstand wird nicht abreissen, solange Menschen in diese inhumanen Bedingungen gezwungen werden.

Hintergrund - ZASt OLDENBURG

Auch in Oldenburg werden Flüchtlinge 7 km von der Stadt entfernt in einer Masseneinrichtung untergebracht. Auf dem zunächst idyllisch erscheinenden Gelände des ehemaligen Klosters Blankenburg leben z.Zt. ca. 550 Menschen in völliger Abgeschiedenheit und Isolation. Die Stadt selbst weigert sich, AsylbewerberInnen aufzunehmen. Blankenburg ist eine sog. Zentrale Anlaufstelle (ZASt), in der Menschen aus unterschiedlichsten Lebenskontexten - eigentlich für den Zeitraum ihres Asylantrags, längstens jedoch 3 Monate - einander aufgedrängt werden. Mit den zurückgehenden Flüchtlingszahlen der letzten 10 Jahre werden jedoch zunehmend dezentrale Wohnheime geschlossen. So findet eine sog. „Umverteilung“ nun zynischerweise auf dem ZASt Gelände selber statt, von Haus A nach Haus XY.

Für die Menschen bedeutet dies ein Leben, was dauerhaft von Fremdbestimmung und Kontrolle dominiert wird: Der Lageralltag bestimmt, wann es etwas zu essen gibt und was; zwischen diesen aufgezwungenen Terminen bleiben meist nur Stunden zermürbender Langeweile; über die Ausgabe des minimalen Taschengeldes (19,- Euro alle 14 Tage) wird die dauerhafte Anwesenheit kontrolliert und ohnehin erlaubt die Residenzpflicht ein „freies Bewegen“ nur im Landkreis und der Stadt Oldenburg.
Diese dauerhafte Kontrolle ist erklärtes Ziel des Systems Lager, wie auch M. Kosock, Leiter der ZASt erklärt: Nur ein verschwindend geringer Teil der Flüchtlinge wird die Anerkennung als politische Flüchtlinge erfahren, weshalb eine Integration der Menschen erst gar nicht angestrebt ist. In der ZASt sind die Flüchtlinge besser erfaßbar, um ihre bevorstehende Ausweisung „besser“ begleiten zu können. So rechtfertigt die ZASt Leitung ihre Arbeit.
Für die Flüchtlinge bedeutet diese Realität häufig, daß sie 2-3 Jahre ihres Lebens letztlich erfolglos mit Versuchen verschwenden, den deutschen Verhältnissen akzeptable Lebensperspektiven abzutrotzen, um dann doch wieder in ihr Herkunftsland zurückkehren zu müssen.

Für Bewegungsfreiheit. Anti-Lager action Tour

Jedes Jahr fliehen Millionen Menschen vor Krieg, politischer Verfolgung, Ausbeutung und weil ihnen die Lebensgrundlage entzogen wurde. Andere sind auf der Suche nach einem besseren Leben. Viele fliehen in eben die Staaten, deren Regierungen für die Fluchtgründe aus ihrem Herkunftsland mitverantwortlich sind. Die reichen kapitalistischen Länder aber rüsten ihre Grenzen immer weiter auf. Es gibt fast keine Möglichkeit mehr, gefahrlos in die nord-westlichen Länder zu migrieren. Der größte Teil der Menschen schafft es nicht bis über die Grenzen zu kommen, viele sterben auf der Flucht, ein kleiner Teil erreicht diese Länder. Doch wer hier angelangt ist, wird kontrolliert, rassistisch angefeindet und in Lager gezwungen, festgenommen und abgeschoben.
Seit es Flüchtlingslager in Deutschland gibt, kämpfen Menschen jeden Tag gegen das Leben im Lager: gegen die inhumanen Bedingungen, unter denen sie zu leben gezwungen werden, isoliert in Wäldern, ehemaligen Militärbaracken, Industriezonen und Containerschiffen. Der Kampf in diesen Nicht-Orten ist ein Kampf für die Rückgewinnung von Würde und Selbstbestimmung. Ein Kampf gegen rassistische Gesetzgebung, gegen Verfolgung durch Spezialgesetze, die Bewegungsfreiheit versagen, Existenzmittel minimieren, im Alltag stigmatisieren und medizinische Behandlung verweigern. Ein Kampf gegen Lebensbedingungen, die einen verrückt und klein machen sollen. Gemeinsam werden wir in diesem Jahr den Widerspruch gegen das System der Lager und Zonierungen hörbar und spürbar werden lassen und die Kämpfe in den Lagern mit Aktionen unterstützen.

Auftakt-Ort der Anti-Lager Tour ist BRAMSCHE-HESEPE - 20.-24. August

In Bramsche-Hesepe bei Osnabrück wurde mit der sog. Landesaufnahmestelle (LASt) eine neue Form des Abschiebelagers geschaffen. In der ehemaligen Kaserne und dem späteren Grenzdurchgangslager für sog. SpätaussiedlerInnen und jüdische EmigrantInnen aus der

SU, wird seit November 2001 eine „Ausreiseeinrichtung“ betrieben. Die 200 Plätze in diesem Abschiebelager wurden im März 2004 auf 550 Plätze aufgestockt. Das sog. „Ausreisezentrum“ hat Modellcharakter für das, was an menschunwürdiger Unterbringung möglich ist. Die massiven Proteste im vergangenen Jahr gegen die Bedingungen im Abschiebelager führten dazu, dass alleinstehende minderjährige Flüchtlinge jetzt nicht mehr in dem Lager untergebracht werden. Jedoch: Für die Kinder im Lager wurde im März diesen Jahres eine Lagerschule eingerichtet, damit haben jetzt auch die Kinder keine Chance mehr auf Kontakte außerhalb des Lagers. Die Abschottung wird damit perfekt. Auf dem Gelände befindet sich die IOM und die Ausländerbehörde, aber es gibt keine Rechtsberatung, keine medizinische oder psychologische Betreuung.

Die Tour sowie die drei Aktionscamps sind ein experimenteller Raum des selbstorganisierten Lebens und Protests, das sich speist aus den Erfahrungen der antirassistischen Grenzcamps der letzten Jahre, der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen sowie der Aktionstage gegen das „Ausreisezentrum“ Fürth. Es wird FrauenLesbenTrans-Räume geben sowie Ansprechgruppen bei sexistischen oder rassistischen Übergriffen. Bei Problemen mit dem rassistischen Residenzpflicht-Gesetz wird kollektive Unterstützung angeboten.
Aktuelles findet sich auf der Webseite. Damit soll die Möglichkeit gegeben sein, im Vorfeld die Tour mitzuplanen, Aktionen zu entwickeln, Veranstaltungen und Workshops, zu organisieren - denn davon lebt die Tour. Es wird VoKüs, Sanis, und ein Infozelt geben. Bringt Zelte und Schlafsäcke mit- zusätzliche Schlafsäcke und Zelte werden in großer Zahl benötigt für alle, die keine Sachen haben. Bringt möglichst viele Autos mit. Zu Unterkünften und Busplätzen während der Tour gibt es Informationen auf der Webseite: www.nolager.de ; www.camp-bramsche.de.vu ; www.alhambra.de

Keine Lager! Gegen die Isolation und das Abdrängen von Menschen in die Rechtlosigkeit!

Kein Mensch ist illegal!
Jeder Mensch hat das Recht zu leben, wo er will!

Soliaktionen in Oldenburg:

Donnerstag, 29.Juli. um 20.30 Uhr
Info- und Vorbereitungstreffen
(Alhambra, Hermannstraße 83)

Mitttwoch, 4.August. um 17 Uhr
Inforadiosendung auf Oeins (UKW 106,5)

Sonntag, 8.August. um 14 Uhr
ab Julius-Mosen-Platz
Inliner-Skateboard-Fahrrad-Demo
nach Blankenburg mit anschliessendem
Fest,Infoveranstaltung und
Workshop vor’m Lager

Mittwoch, 18. August 20 Uhr
Die Lebenssituation von Flüchtlingen
und MigrantInnen in der BRD und ihre
politische Selbstorganisation,
Vortrag mit Maik Alabi, „The Voice“
(Carl-von-Ossietzky-Universität,
Uhlhornsweg, Raum A1-0-010)

Aktionen in Bramsche-Hesepe:

20. bis 24.August
Camp beim Abschiebelager
mit Aktionen und Infos

Samstag, 21.August um 12 Uhr
große Auftaktdemonstration
ab Bahnhof Bramsche-Hesepe

Sonntag, 22.August
Fahrt zur Demo in Neuss (NRW)
zum Frauenabschiebeknast
- spez. FrauenLesbenTrans-Mobilisierung -
vom Protest-Camp in Bramsche aus

Samstag, 21.8. ca. 10 Uhr
Busabfahrt von Oldenburg nach
Bramsche zur Demo
(vermutl. ab alhambra und ab Zast;
genaue Abfahrtszeit und -ort gibt’s bald
unter www.alhambra.de)

Antira-Gruppe Olbg.(c/o Alhambra, Hermannstraße 83),unterstützt vom AntiraPlenum OI, Anti-Gutscheinbündnis, Medienbus

ALSO - Veranstaltung

zum Alg II - Antrag:

19. August, 20 Uhr in der ALSO - Halle, Kaiserstr. 19, OI

20 Seiten Arbeitslosengeld II - Antrag! – Wofür?

Derzeit erhalten Millionen Erwerbsloser bergeweise Antragsunterlagen zum Arbeitslosengeld II (Alg II). Bestimmt nicht, um den Bezug des Alg II zu erleichtern! Vielmehr ist dies ein schöner Vorgeschmack auf das, was uns mit dem Alg II droht: Ausgiebige Kontrollen, ausgefeilte Zugangshürden, armselige Leistungen.
Gegen diese Schikanen, gegen die Einführung des Alg II im Ganzen, setzen wir uns zur Wehr. Gegen das politische Ziel hinter dem Alg II, Leistungen immer weiter zu senken, um Erwerbslose und noch Beschäftigte endlich mit brutalem Druck zwingen zu können, auch für Hungerlöhne zu arbeiten.

Wir fordern: Weg mit Alg II, weg mit der ganzen Politik der Agenda 2010!

Was meinen Politiker, wenn sie von "Grundsicherung für Erwerbslose" reden?

Es geht um Alg II für Erwerbsfähige, die ihren Lebensun-terhalt nicht durch irgendeine Arbeit, und sei es die allerletzte, aus anderem Einkommen oder Verbrauch von Rücklagen oder durch Rückgriff auf Angehörige sichern können.

Alg II besteht aus einer Pauschale namens "Regelleistung", die für alles reichen soll, was man zum Leben braucht, sowie einem Betrag für Unterkunft und Heizung; wird gezahlt an "Bedarfsgemeinschaften" (z.B. die Familie mit zwei Erwachsenen und Kind, die Alleinerziehende mit ihren drei Kindern oder die Einzelperson); ist schnell ausgerechnet: je Person gibt's monatlich für Alleinstehende 345,- zwei Erwachsene je 311,- den drit-ten Erwachsenen wie auch 15 bis 17jährige Kinder 276,- Kinder bis 14 Jahren 207,- dazu Kosten für „angemessene" Unterkunft und Heizung ist alles andere als genug: Warmwasser und Strom sind aus der Regelleistung zu zahlen, Kindergeld wird voll angerechnet, Wohngeld entfällt. Für wenige gibt's einen Zuschlag (v.a. Schwangere, Alleinerziehende). bietet böse Überraschungen: z.B. für die, die bislang zu Arbeitslosengeld oder -hilfe 165,- dazu verdient haben; davon bleiben ganze 24,75,- (oder 15%). Das wahre Motto des Alg II lautet Armut, die auch durch Zuverdienst nicht gemildert wird.

Und um diese Kleinigkeit zu berechnen, braucht's 20seitige Antragsunterlagen? Sicher nicht!
– mit den Alg II-Anträgen sollen wir umfangreiche Informationen über uns und unser Umfeld liefern. Grenzen des Datenschutzes werden mit Absicht und reihenweise übertreten.

Wo ist noch was zu holen?

Zulässig wären Fragen zu den Mitgliedern der "Bedarfsgemeinschaft". Doch abgefragt wird die „Haushaltsgemeinschaft". Bei nichtehelichen Lebenszusammenhängen wären dies völlig Unbeteiligte, deren Arbeits-, Vermögens-, Sozialversicherungs- und Verwandtschaftsverhältnisse, deren Leistungsbezug in der Vergangenheit. Doch für's Alg II entscheidend ist nur die aktuelle "Bedürftigkeit" – weitergehende Fragen verstoßen gegen den Sozialdatenschutz (§ 67a Abs. 1 SGB X), denn nur "erforderliche" Daten sind zu erheben.
Sippenhaftung?
Für Angaben zu "unterhaltspflichtigen Angehörigen außerhalb der Haushaltsgemeinschaft" gibt es ohne weitere Erklärung viel Platz (geht's z. B. um die bürgerlich-rechtliche Unterhaltspflicht von Oma & Opa? Keinesfalls!). Das Alg II kennt (bislang!) nur die Berücksichtigung tatsächlich gezahlter Gelder (Unterhalt), die Unterhaltspflicht der Eltern für Minderjährige und Kinder unter 25 Jahren ohne Berufsabschluss sowie des Kindesvaters gegenüber der Schwangeren oder Alleinerziehenden. Erläuterungen dazu im Antrag? Fehlanzeige! Ein weiterer Verstoß gegen den Datenschutz.
Dieses Antragsformular macht überdeutlich, wohin der „Reformzug" gehen soll: Verwandte und Freunde sollen für Erwerbslose aufkommen; Privatisierung des Risikos: Arbeitsplatzverlust. Die Informationen für weitergehende „Reformen" morgen sollen bereits heute beschafft werden!

Das geht den Boss nichts an!

Gefordert wird eine Einkommensbescheinigung vom Arbeitgeber. Für den Bundesdatenschutzbeauftragten ein klarer Verstoß gegen den "Ersterhebungsgrundsatz, wonach die Daten beim Betroffenen selbst zu erheben sind" und "sicherzustellen ist, dass Dritte (z.B. Arbeitgeber oder Banken) keine Kenntnis von diesen personenbezogenen Daten erhalten." Der Verdienst ist auch aus Gehaltsabrechnung oder Kontoauszug zu ersehen. Mehr noch: Erfährt der Arbeitgeber vom Alg II-Bezug „seiner" Beschäftigten, hat er sie in der Hand. Denn Alg II-Beziehenden sind bald alle Arbeiten und Arbeitsbedingungen zumutbar, sonst droht Kürzung oder Streichung der Leistung - eine Freifahrkarte zum Diktat der Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Nur Kleinigkeiten?

Im Antragsbogen wird zwischen freiwilligen und verpflichtenden Angaben nicht unterschieden! Hierhin gehört die Frage nach Telefonnummer und E-mail-Adresse der Antragsteller wie auch nach Name und Kontonummer des Vermieters. Der Datenschutz verlangt, über den Charakter des Auskunftsersuchens aufzuklären! (§ 67a Abs. 3 SGB X)

– und nun schnell, schnell?

Die Antragsbögen sollen laut Agentur für Arbeit schnellstmöglich ausgefüllt werden. Viele, die dieser Aufforderung unbedacht folgen, werden dies später bereuen. Bedenket:

20 Seiten Antragsunterlagen braucht's,um möglichst oft die Leistung verweigern zu können!

Wir raten: Erst informieren, dann ausfüllen!

Vorsicht Falle!

SputnikKonzerte im Alhambra

Freitag, 6.August

Chico Trujillo

Latino-Ska & Reggae aus Chile

Big Banders

Ska aus Hamburg

Chico Trujillo – in Berlin Kult, erobern die neun Chilenen jetzt die Republik. Vorläufiger Höhepunkt: Vorgruppe auf der aktuellen Die-Ärzte-Tour.
Sie selbst bezeichnen ihren Stil als „Cumbia & Música Fiestera from Chile", für europäische Ohren klingt es einfach nach Latino-Reggae-Ska.

Big Banders – seit 1998 bringen die acht Nordlichter Füße zum Tanzen. Und das nicht nur auf der Bühne. Derzeit arbeiten die Big Banders an ihrer dritten CD. Nebenbei spielen sie auch in anderen Ska-Bands wie Rantanplan oder Skatoons.

Donnerstag, 19.August

La Minor

Ganoven Beats aus St. Petersburg

Bevor es **La Minor** gab, nannte man die Musik der 30er bis 50er Jahre in Russland Odessa beats - Klänge, die sich wie Soundtracks aus klassischen Gangsterfilmen jener Zeit anhören.

Seit Slava Shalygin vor vier Jahren mit weiteren Musikern La Minor gründete, hat diese Musik an Popularität wieder enorm gewonnen. Die Profis an Saxophon, Kontrabass, Gitarre und Bayan, dem russischen Akkordeon, begeistern in Clubs von Moskau und St. Petersburg bis Paris, Wien, Helsinki, Amsterdam und Berlin. Wenn La Minor in Unterhemd und Schiebermütze auf die Bühne steigt und die frischen eigenen Arrangements ihrer klassischen Vorbilder Arcady Severny, A. Berinson, A. Dmitrievich und Ju.Morfessi in atemberaubendem Tempo liefert, verfällt das Publikum ihrem Tanzrhythmus sofort.

„La Chanson Russe populaire" heißt schlicht die erste CD mit kleinkriminellen Chansons, die mit viel Seele auch sofort die Kritiker zu überzeugen wusste. Der temporeiche, coole, manchmal jazzige Sound machte sie vom Geheimtipp schnell zur Kultband des wilden russischen Untergrunds.
Wenn La Minor auftritt, wird gesungen, getanzt, gefeiert, bis sich auf wie vor der Bühne Erschöpfung breit macht. Wer weiß, wann der nächste Grund zum Feiern ist.

VON FEMINISTISCHER STAATSKRITIK ZU GENDER MAINSTREAMING

EIN ARTIKEL VON ANDREA TRUMANN AUS DER ALASKA 245

Keine Verwaltung und kein Unternehmen ohne Gender Training, kein Stadtbezirk und keine Hochschule kommt heute ohne Gender Mainstreaming-Programme aus. Der Kampf um gleiche Rechte von Frauen hat einen neuen Hoffnungsträger gefunden. Radikal soll die Geschlechterfrage in der Mitte der Gesellschaft gestellt werden. Das dies nicht immer das Ziel der Frauenbewegung gewesen ist, scheint vergessen. Denn war die Frauenbewegung zu Beginn staats- und kapitalismuskritisch, so wurde im Laufe des Institutionalisierungsprozess der Bezug auf den Staat ein positiver. Kritisiert wurde hier nicht mehr Staat und Kapitel an sich, sondern nur die fehlenden Partizipationsmöglichkeiten von Frauen.' Schlüsselpunkt dieses Transformationsprozesses war die Debatte um Autonomie und Organisation seit Ende der 70er Jahre. Im folgenden möchte ich diesen Transformationsprozess nachzeichnen, der zu einer fast vollständigen Institutionalisierung der Frauenbewegung geführt hat.

DIE BEFREIUNG DER FRAU ALS REVOLUTIONÄRE FRAGE

Als Beginn der neuen Frauenbewegung gilt die sogenannte >Tomatenwurf-rede< von Heike Sander auf der Delegiertenkonferenz des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS), in der es hieß[2]:

»Die meisten Frauen sind deshalb unpolitisch, weil Politik bis-her immer einseitig definiert worden ist und ihre Bedürfnisse nie erfasst wurden. Sie beharrten deshalb im autoritären Ruf nach dem Gesetzgeber, weil sie den systemsprengenden Widerspruch ihrer Forderungen nicht erkannten.«[3]

Die Befreiung der Frau konnte sich von Heike Sanders, die als Delegierte des »Aktionsrats zur Befreiung der Frau« gesprochen hatte, nur innerhalb grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen vorstellen. Für sie war klar, dass die Trennung von Privatsphäre und Öffentlichkeit im Kapitalismus notwendigerweise auf Kosten der Frauen geht und dies würde sich im SDS nur wiederholen. Frauen waren ihrer Meinung nach das am besten zu agitierende revolutionäre Subjekt. Denn Frauen seien die ersten, denen der bürgerliche Weg der Emanzipation als unzulänglich erscheine, denn Karriere sei nur machbar, wenn sich Frauen unter das männliche Leistungsdiktat stellten und ihre Bedürfnisse genauso abspalteten, wie die Männer. Da sie selten Männer fänden, die sie unterstützen und auffangen könnten, und sie obendrein weitaus besser sein müssten als die Männer, seien sie dem Konkurrenzprinzip noch stärker ausgeliefert. So sähen sich die Frauen vor die traurige Wahl gestellt, sich entweder den Männern anzugleichen oder sich auf Hausarbeit und Kinder zurückzuziehen. Individuell sei das Problem nicht lösbar. Denn die Lösung könne nur in der Aufhebung der Trennung von Privatem und Offentliehen liegen, die erst nach der Umwälzung der Produktionsverhältnisse und damit der Machtverhältnisse möglich sein werde.[4]

Diese Prognose von der massenhaften Bewusstwerdung der Frau, die erkennt, dass ihre spezifische Form der Ausgrenzung an gesellschaftlicher Teilhabe nicht innerhalb bürgerlich-kapitalistischer Verhältnisse zulösen ist, sondern nur durch die Umwälzung der Produktionsverhältnisse, bestätigte sich so nicht. Denn nicht die Abschaffung von Kapital und Arbeit stand im Mittelpunkt der Frauenbewegung, sondern die Subjektwerdung der Frau[5], dass heißt die Kontrolle der eigenen Natur im Sinne der Leistungsfähigkeit als Arbeitskraft und der Kontrolle über das Kinderkriegen. Die Frauen erkannten eben gerade nicht im Sinne von Heike Sanders, dass ihre spezifische

Situation sich nicht innerhalb kapitalistischer Verhältnisse auflösen lässt, sondern kämpften gerade dafür, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie innerhalb dieses Systems möglich wird. In diesen ersten Kämpfen, zum Beispiel um den §218, ging es jedoch noch nicht um einen positiven Bezug zum Staat, sondern gerade darum, dass die staatliche Kontrolle über den weiblichen Körper beendet werden sollte: Nicht mehr der Staat sollte über Fortführung einer Schwangerschaft entscheiden, sondern die Frau selbst: deshalb auch die folgerichtige Forderung nach der ersatzlosen Streichung des §218. Der Kampf gegen den §218 stellte sich für die Frauen als Schlüsselauseinandersetzung dar, von der aus die gesellschaftlichen Reproduktionsbedingungen kritisiert und der Kampf um die Befreiung der Frau geführt werden sollten. Der §218 wurde als Mittel staatlicher Bevölkerungspolitik verstanden, die zu bekämpfen wäre. Der Staat stand in dieser Konstellation notwendigerweise konträr gegen die Frau. Diese Form der Rechtskritik der neuen deutschen Frauenbewegung wandte sich vor-nehmlich gegen einen Staat, der die Selbstbestimmung und Autonomie der Frauen torpedierte. Der Staat hatte die

Frauen in den Dienst genommen für seine Interessen, wie die damals bekannte Gruppe »Brot und Rosen« erklärte.° Auch wenn hier schon vieles als richtig erkannt wurde, zum Beispiel, dass staatliche Bevölkerungspolitik in der BRD etwas ganz anderes heißt, als in der »Dritten Welt«, so wird sie genau dann ungenau, wenn sie das Verhältnis von Staatsmacht und Frau beschreibt. Der Staat erschien hier als Herrscher über die als autonom von ihm gedachten Frauen. Das Interesse der Frauen an wenigen Kindern kann zwar zufällig einmal mit seinen Interessen konform gehen, aber da der Staat notwendigerweise Kinder als nachfolgende Arbeitskräfte brauche, würde der Staat Gesetze erlassen oder beibehalten, die die Frau von ihrer freien Entscheidung abhalten und geeignet sind sie zu kontrollieren.[7]

Der hier aufgemachte Gegensatz zwischen Frauen und Staat mag, was Bevölkerungspolitik anbelangt, Anfang der 70erJah-re noch viele wahre Momente gehabt haben, wie es sich zum Beispiel im Abtreibungsverbot, aber auch in den rigiden Scheidungsgesetzen wiederspiegelte. Aber dieser Gegensatz scheint zumindest heute aufgehoben, wo die staatliche Herrschaft sich in bevölkerungspolitischen Fragen nicht in erster Linie mehr durch Repression, sondern durch neue Herrschaftstechniken, in denen staatliche Kontrolle individualisierend wirkt, auszeichnet. Frauen wird hier zwar nahegelegt das staatliche Angebot zum Beispiel in Form der Pränatalberatungsstellen zu nutzen, aber nackter Zwang herrscht hier nicht. Durch die Individualisierung muss die Frau die Verantwortung für oder gegen ein behindertes Kind alleine trägen, wobei das technische Potential noch den normativen Druck erhöht, sich gegen das Kind zu entscheiden. Bevölkerungspolitik findet also eher über Kontrolle und Individualisierung als allein über repressive Maßnahmen statt, und so funktioniert sie ganz gut: 98% der Frauen, denen ein behindertes Kind prognostiziert wird, entscheiden sich gegen das Kind. Die individuelle Entscheidung erfolgt also ganz im Sinne der Staatsraison.[9]

Nachdem die Frauen in ihrem Kampf gegen den §218 und ihrer Auseinandersetzung mit Sexualität und Verhütungsmitteln gemerkt hatten, dass in der Sexualität auf ihre Bedürfnisse keine Rücksicht genommen wurde und die Medizin sie auf die Rolle als Handlanger patriarchaler Bevölkerungspolitik und Brutkästen reduzierte, wollten die Frauen eine Sexualität und

Medizin schaffen, die ihren eigenen Bedürfnissen angemessen war. Aber was genau waren die eigenen Bedürfnisse? Patriar-chale Aneignung schien den Körper der Frau seit Jahrhunderten zugerichtet zu haben und die Sozialisation formte jede Frau nach patriarchalen Maßstäben. So ging Luce Irigaray zum Beispiel davon aus, dass die heutige Gesellschaft eine patri-archale Ordnung habe: Sprache, Wissenschaft, Arbeitswelt, Philosophie seien männlich geprägt. Die Frau als Frau existiere nicht, sondern sei nur Projektionsfläche für die männliche Phantasie. So sei die, welche heute als Frau gilt, nicht eigentlich Frau, sondern ein Scheinsubjekt.°

Ironie der Geschichte war nun, dass Frauen sich trotzdem aufmachten, sich in Selbstuntersuchungs- und Selbsterfahrungs-gruppen, Frauenbuchläden und gemeinsamen Ferien selbst zu finden. Ziel war es, die eigentliche, nicht-deformierte Frau, hinter der zugerichteten Frau zu finden. Schwerpunkt der Suche war die nichtentfremdete und nicht-deformierte Mutterschaft und Arbeit. Diese, die nicht deformierte Arbeit, glaubten die Frauen schließlich in der feministischen Projektarbeit gefunden zu haben. Zu Beginn arbeiteten die Frauen unentgeltlich in den Projekten, die im weitesten Sinne feministische Ziele verfolgten.

Die meisten Frauenprojekte waren in der Sozialarbeit oder an der Universität angesiedelt. Die Frauen machten Frauenberatungsstellen auf, Frauennotrufe und Frauenhäuser sprossen aus dem Boden, der Kampf um Frauenforschungsstellen war in vollem Gange. Es blieb nicht aus, dass diese Arbeit als ehrenamtliche von den Frauen als unbefriedigend empfunden wurde, denn die Frauen versuchten Politik und Existenzsicherung unter einen Hut zu bekommen. Von vielen Frauen wurde das als Ausverkauf begriffen und es entwickelte sich Ende der siebziger Jahre eine heftig geführte Debatte um »Autonomie oder Institutionalisierung«.[19] Auf diese Debatte werde ich im folgenden näher eingehen, weil sich daran gut aufzeigen lässt, wie die Frauenbewegung dann doch zu der Frauenrechtsbewegung geworden ist, die sie zu Beginn nie hatte sein wollen.

***DIE LUST ZU SIEGEN«[11]:**

DIE DEBATTE UM »AUTONOMIE ODER INSTITUTION«

INNERHALB DER FRAUENBEWEGUNG

Eine der wichtigsten Forderungen der Frauenbewegung war die nach der Autonomie. Zunächst meinte Autonomie der Frauenbewegung Selbstorganisation. Damit war eine Separierung von der männerdominierten

Linken und von Männern überhaupt gemeint. Frauen sollten sich erst als unabhängige Subjekte begreifen lernen und Selbstbewusstsein entwickeln bevor sie wieder mit Männern zusammen arbeiten könnten. Die Separierung wurde teilweise nur als Phase gedacht.

Innerhalb der Bewegung bedeutete der Begriff in erster Linie Dezentralität und Autonomie jeder einzelne Gruppe. Jede Arbeitsgruppe sollte selbstbestimmt Inhalte und Arbeitsweisen bestimmen, wobei antihierarchische Strukturen angestrebt wurden. Darüber hinaus bezog sich der Begriff auf das Verhältnis

der Bewegung zum Staat und seinen Institutionen, die als patriarchal und systemstabilisierend erkannt und abgelehnt wurden, woraus eine völlige Loslösung von staatlichen und institutionellen Zusammenhängen resultierte.[12]

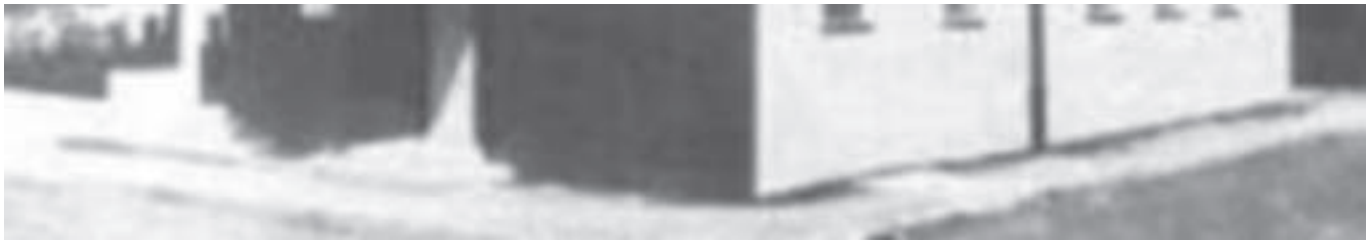
Umgesetzt werden sollte dieses Prinzip vor allem auch in den Frauenprojekten. Die vielfältigen Projekte sollten den Aufbau eines Gegenmilieus ermöglichen und eine eigene Kultur schaffen:

»Mit alternativen Projekten suchen wir nach Möglichkeiten, Arbeitsplätze für Frauen zu schaffen, unseren Lebensunterhalt auf andere Weise zu verdienen, mit Arbeit, die wir selber wählen und bestimmen und die den Frauen zugute kommt. Wir probieren auch, dadurch unabhängig von der Gesellschaft zu sein und ihr unsere Arbeitskraft zu entziehen, um die vielseitige Frauenunterdrückung, auf der sie beruht, nicht zu unterstützen.«[13]
Die Autonomie der Projekte wurde sich teilweise als Autarkie gedacht. Diese konnte jedoch längerfristig, zumindest wenn es sich um Sozial- und Bildungsprojekte handelte, nicht ohne fi-nanzielle Unterstützung von seitens des Staates erhalten bleiben. An den Notrufen und Frauenhäusern kann exemplarisch aufgezeigt werden, wie die Konfliktlinien zwischen Autonomie und Institutionalisierung verliefen. Frauen, die auf Bezahlung bestanden, wollten nicht der traditionellen Frauenrolle gemäß ehrenamtliche Arbeit verrichten. Die Gegnerinnen sahen zum anderen die Gefahr der Bevormundung von hilfesuchenden Frauen durch die bezahlten Sozialarbeiterinnen.14 Doch auch die mögliche Einflussnahme seitens des Staates wurde problematisiert durch das Annehmen des Geldes:
»Wenn wir den Staat als Geldgeber und seine Institutionen überhaupt akzeptieren, heißt das dann schon, dass er unsere Arbeit auch bestimmt? Oder heißt es auch, dass wir ihn instrumentalisieren können?«15
Die ehemalige Frauenhaus-Initiative Bochum kritisierte generell den Fürsorge-Ansatz der Sozialarbeit. Für sie war Sozialarbeit staatlich institutionalisierte Reproduktionsarbeit, die da einsetzt, wo die Familie gefährdet ist. Die Notwendigkeit der öffentlichen Reproduktion würde bedingt durch Veränderungen der Reproduktionsbedingungen und -verhältnisse und durch die geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung in der Gesellschaft. Auch eine feministische Variante der Sozialarbeit in Form von Frauenhäusern wurde hier abgelehnt, da dies nur eine weitere Variante der Reproduktionsarbeit wäre, und die Frauen wieder auf die Beziehungsarbeit festschrieb. Frauenhäuser und -notrufe galten der ehemaligen Frauenhaus-Initiative Bochum als feministische Abteilung des Sozialstaates. Sie wollten Widerstandsformen entwickeln, welche die Wurzeln der Unterdrückung angreifen, und nicht integrative Verbesserungen betreiben.16
Für eine ausreichende Analyse des Geschlechterverhältnisses mögen diese Thesen zu bruchstückhaft sein, aber zumindest ist hier eine klare Verweigerungshaltung gegen staatliche Institutionen zu erkennen, die im folgenden oft damit denunziert wurden, dass mit einer solchen Haltung gar keine Einmischung möglich wäre.
Die Lust zu siegen, oder auch die Lust sich einzumischen hatte gesiegt. Von einer Verweigerungshaltung gegenüber den gesellschaftlichen patriarchalen Institutionen hatte man endgültig die Nase voll. Diese erschien zum Beispiel Maria Mies wenig geeignet, die institutionellen und gesellschaftlichen Strukturen wirklich zu verändern. Dies hatte sicher eine richtige Seite, dass viele Frauen, die in der Frauenbewegung aktiv waren, sich mit esoterischen Fragen beschäftigen oder sich in ihr Privatleben zurückzogen. Maria Mies

ging es explizit nicht um mehr bezahlte Stellen, sondern sie wollte, dass die Frauen ihre gesellschaftliche Macht erkennen, um auf die gesellschaftliche Realität, wie zum Beispiel der

Startbahn-West in Frankfurt, dem Nato-Doppelbeschluss und Kürzungen im Sozial- und Hochschulbereich einzuwirken. Es ging um eine Politikfähigkeit, die den Widerstand von Frauen mehr Gewicht verleihen sollte. Ein Frauenstreiktag sollte zum Beispiel zeigen,
dass Frauen an keinem Krieg mehr mitmachen würden.' Auch die Organisation in bürgerlichen Strukturen wurde als strategisches Ziel für die Politikfähigkeit angesehen. In Vereinsstrukturen könnten ABM-Stellen beantragt werden, Veranstaltungen angemeldet und Forschungsanträge gestellt werden. Das hieß damals immer noch einen Umgang mit dem Feind zufinden. Es sollte ein Balance-Akt geschaffen werden, die herrschenden Strukturen abzulehnen, aber nicht die Macht. Einige Frauen fanden, dass das besonders gut bei den Grünen ginge. Es gab zwar die Sorge, dass, wenn Frauen

»große Politik« machen, sie von den herrschenden Mechanismen sehr schnell vereinnahmt würden, aber das schien die ge-ringere Gefahr als auf Macht kollektiv zu verzichten.19 Der Wille zur Macht scheiterte scheinbar nur noch an der Angst der Frauen, sich durch ihr Frausein einem mannhaften Streben



anzupassen. Immer häufiger war zu hören, dass die von vielen Frauen geteilte Resignation Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre bezüglich des fehlenden Durchsetzens der eigenen Positionen in der Gesellschaft, als auch die Vereinnah-mung der eigenen Position in konservativer Variante von etablierten Parteien, der fehlenden Organisationsfähigkeit von Frauen geschuldet sei. So beschuldigt Maria Mies viele Frauen, dass sie ein ungeklärtes Verhältnis zur Macht hätten. Macht gelte bei vielen Frauen als etwas negatives, da männliches. Sie scheuten Organisationsformen und Institutionalisierung, weil diese zu Kristallisationspunkten von Macht werden könnten. Um die Inhalte gesellschaftlich durchsetzten zu können, müssten die Frauen die politische und wirtschaftliche Macht wollen und erkennen, wo die Macht der Frauen liegt.19 Dabei sollte es nicht um eine Angleichung an die Männer gehen. Frau wollte sich nicht entscheiden zwischen »männlicher« Karriere und der Verleugnung der Andersartigkeit der Frau, sondern eine eigenständige weibliche Politkultur sollte entwickelt werden, so Gisela Wülfing von den Grünen. Doch einige Anhaltspunkte gibt Wülfing, wie diese Weiblichkeit in der Politik auszusehen hätte: Zuerst einmal sollten genug Frauen Machtpositionen erreichen: einerseits durch Quotierung, andererseits durch Frauenseilschaften

und Netzwerke, und dann sollten die Frauen durch die Selbstentfaltung ihrer Weiblichkeit diese Strukturen und Organisationen verändern. Nicht mehr sollten in den Institutionen die Vereinzelung und der Leistungswahn regieren, die die Frauen im Privatbereich zu reproduzieren hätten, sondern die Frauen sollten eine autonome Erotik selbständiger Frauen leben, die eine vielfältigere Lust an der Einmischung zeige, so Wülfing.20
So sollte es Spaß machen, in den Institutionen zu arbeiten. Jegliche Distanz zu der Partei oder der Arbeit in den Institutionen, die in der Debatte noch vertreten worden waren, war somit verschwunden. Eine spezifische Form der Machtausübung, eine erotisierende, lustvolle Ausübung der Macht, die als weiblich galt, sollte gefunden werden. Während die Männer bei der Arbeit und in den Institutionen ihre Gefühle kontrollierten, wollten die Frauen gerade diese in die Arbeit einbrin-gen. Das bedeutet aber auch, dass die ganze Person gefordert wurde.

VON DER INSTITUTIONALISIERUNG ZU GENDERMAINSTREAMING

Der Institutionalisierungsprozess erfasste beinahe alle Berei-che der Gesellschaft: Quotenregelung, Gleichstellungsbeauf-tragte, staatlich finanzierte Projekte wie Frauenhäuser und Gesundheitszentren, akademischer

Feminismus, Therapeutinnen, Tagungshäuser - so lauten die Stichworte. Damit hielt der Feminismus Einzug in die Öffentlichkeit: Es gab Fernsehmaga-zine und Frauenbuchreihen in den großen Verlagen, Karriere-frauen und emanzipierte Frauen in Filmen,

Gleichstellungsbe-auftragte und DIE GRÜNEN. Doch der Wunsch nach Teilhabe an der gesellschaftlichen Macht führte nicht immer zu dem gewünschten Erfolg. Denn Frauen werden trotz formaler Gleichheit immer noch diskriminiert. Der Grund dafür wurde jedoch nicht mehr in der gesellschaftlichen Trennung von Re-produktion und Produktion gesehen, sondern darin, dass der Anspruch nach gesellschaftlicher Gleichheit sich immer noch nicht verwirklicht hätte. Die Frauenbewegung war nun doch zu einer Frauenrechtsbewegung geworden. Keine kam darauf, dass das Recht nicht das geeignete Mittel wäre für die Aufhebung der Diskriminierung, sondern jetzt sollte auf rechtlicher Ebene ein

anderer Weg gefunden werden, um das Ziel der ge-sellschaftlichen Gleichberechtigung zu erreichen. Gestritten wird eigentlich nur noch wie diese wirkliche Gleichheit zu erreichen ist. Der Grund für die Diskriminierung läge an einem Recht, dass die männliche Existenzweise bevorzuge, während die weibliche Lebensweise diskriminiert würde. Als Beispiele gelten jedoch nicht ganz ohne Grund hauptsächlich Begebenheiten aus der Universität, da diese Debatte zum Großteil von Akademikerinnen geführt wird, die ihre Situation als gut ausgebildete Frauen oft genug als allgemein setzen. Als Beispiel für

geschlechtsdiskriminierendes Recht gilt das Hochschulrah-mengesetz, in dem unter anderen Studentinnen innerhalb von vier Jahren eine Stelle als wissenschaftlicher Mitarbeiterin innehaben sollen. Dies wäre an ein männliches Karrieremuster angelegt, weil die Zeit nach dem Studium für Frauen ein besonders guter Zeitpunkt wäre, Kinder zu bekommen. Jetzt müssten sie entweder auf Kinder verzichten oder auf die Karriere an der Universität. Diskriminierung meint hier, dass Frauen nach der hiesigen Gesetzeslage Beruf und Familie nicht so gut vereinbaren können. Diese Form des Feminismus will nur die rechtliche Absicherung dafür schaffen, dass Frauen dies besser hinbekommen. Dieses Ziel stellte weder die Lohnarbeit an sich in Frage, noch das bürgerliche Konzept von Familie, wie die Professorin für feministische Rechtskritik Ute Sacksofsky betont: [...] wenn die Geschlechterfrage wirklich berücksichtigt würde, müsste die Frage nach Gerechtigkeit in der Familie von zentraler Bedeutung für die politische Philosophie sein. Soll die Familie Keimzelle der Gesellschaft und/oder des Staates sein, ist von entscheidender Bedeutung, in welchen Strukturen die zukünftigen Staatsbürger aufwachsen«.21 Es soll nur eine gerechte Verteilung der Reproduktionsaufgaben zwischen den Geschlechtern stattfinden, und durch Quotierung eine zahlenmäßige Angleichung in hochdotierte Berufe. Damit wurde das Interesse weißer, gutgebildeter Frauen, die für ihre Karriere ihren weiblichen Lebenszusammenhang, sprich Familie und Kinder, nicht aufgeben wollen,

wenigstens zum Teil entsprochen. Vom Zwang zur Arbeit und dem Zwang, innerhalb der Kleinfamilie zu leben, wären sie jedoch nicht befreit. Es geht jetzt hauptsächlich darum den »weiblichen Lebenszusammenhang« (Prokop) in das herrschende Rechtsverständnis zu integrieren. Gelingen soll der entscheidende Schritt hin zu einer wirklichen Gleichberechtigung als »positive nicht-hierarchische Anerkennung der Geschlechterdifferenz« (Maihofer). Dafür soll es in einer Übergangszeit Gesetze geben, die Frauen positiv diskriminieren, während als Fernziel sich auch Männer spezifisch weiblich geltende Eigenschaften aneignen und sich um die Kinder kümmern usw. Diese Frauenrechtsbewegung führte tatsächlich zu einem Erfolg: 1999 erkennt die Bundesregierung die Gleichstellung von Männern und Frauen als durchgängiges Leitprinzip der Bundesregierung an und bestimmt diese mit Hilfe des Gender Mainstreaming (GM) zu fördern. GM zielt auf die Herstellung von Geschlechterdemokratie. Wie auch Frauenpolitik/-förderung ist GM auf die Gleichstellung von Frauen gerichtet. Während jedoch Frauenpolitik bestehende geschlechtsspezifische Benachteiligungen ausgleichen soll, ist GM eine präventive Strategie, um solche Benachteiligungen bei neuen Projekten und in der Verwaltung von vornherein zu vermeiden.22 Das Konzept verpflichtet jedes staatlich finanzierte Projekt die Geschlechtsspezifik miteinzubeziehen, also den weiblichen Lebenszusammenhang zu berücksichtigen, damit es zu einer wirklichen Gleichstellung kommt. Damit

zeigen also die feministischen Debatten Auswirkungen in der Gesetzgebung. Ziel von GM ist es »einen neuen rechtlichen Maßstab außergeschlechtlicher Art, der Frauen wie Männer gleichermaßen berücksichtigt«23 zu setzen. Zumindest von der Leiterin des Genderkompetenzzentrums Susanne Baer wird GM als neue radikale Form der Gleichstellungspolitik enthusiastisch gefeiert: »Wenn Gender Mainstreaming als Ausverkauf der Frauenpolitik denunziert wird - [...] wird so auch Politik gegen Diskriminierung bekämpft. Radikale feministische Rechtspolitik bedeutet heute die Geschlechterfrage radikal zu stellen: in der Mitte der Gesellschaft, im Mainstream von Verwaltungen, Organisationen und Unternehmen, von Frauen und Männern. Darauf zielt die Strategie Gender Mainstreaming, wenn sie ernst genommen und auf den Stand der Geschlechterforschung inhaltlich gefüllt wird«24 So ist frau radikal im Main-stream angekommen und hält sich dabei auch noch für die Avantgarde.

Anmerkungen:

1 In der feministischen Literatur gibt es in der Re-gel zwar schon ein Wissen darüber, dass die Frau-enbewegung zu Beginn staatskritisch gewesen ist, aber die Staatsfeindschaft wird als überholte Posi-tion begriffen, da sich heute abzeichnen würde, dass auch die staatlichen Institutionen wie die Ju-stiz feministischen Positionen übernehmen könn-ten. Vgl. Schäfer, Reinhild: Politik der Autonomie: Das Verhältnis der neuen Frauenbewegung der Bundesrepublik Deutschland. In: Feministische Studien. Baer, Susanne: Radikalität, Fortschritt und Gender Mainstreaming - zum Stand femini-stischer Rechtspolitik heute. In: Streit 2/ 2003

2 Vgl. Ann Anders: Autonome Frauen. Schlüsseltex-te der neuen Frauenbewegung seit 1968. Frank-furt a.M. 1988:10.

3 Heike Sanders: Rede des Aktionsrates zur Befrei ung der Frau. Frankfurt a.M.1968. In: Ann Anders: Autonome Frauen. Schlüsseltexte der neuen Frau ebewegung seit 1968. Frankfurt a.M. 1988: 41

4 ebd.S.42

5 Vgl. Andrea Trumann: Feministische Theorie: Frauenbewegung und weibliche Subjektbildung im Spätkapitalismus. 2002:77-87.

6 Vgl. Brot und Rosen: Frauenhandbucht Nr.1, über-arbeitete und erweiterte Auflage. Berlin 1974: 35-36

7 Vgl. ebd: 35-36

8 Vgl. D.J. Bükatz: §218 Drei Jahre Kompromiß: Vom Nein zum institutionalisierten Jein. In: Tendenz. Zeitung der Jungdemokratinnen/Junge Linke 1998

9 Irigaray, Luce: Macht des Diskurses - Unordnung des Weiblichen. In: Aisthesis. Leipzig 1991: 138

10 Vgl. Autonomie oder Institution. Über die Lei-denschaft und Macht von Frauen. Dokumentati-onsgruppe der Sommeruniversität der Frauen e.V.. Berlin 1981. Vgl. Dokumentation: Kongress Auto-nome Frauenbewegung und die Organisationsfra-ge. Köln 1982.

11 zit. nach Gisela Wülfing: Lust zu siegen - Machtgewinn allein ist unerotisch.1988

12 Vgl. Marie-Theres Knäpper: Feminismus Autono-mie Subjektivität. Tendenzen und Widersprüche in der neuen Frauenbewegung. Bochum 1984: 120-125

13 Mog, Josiane: Frauenbewegung - Projektbewe-gung? In: Beitrage zur 4. Sommeruniversität für Frauen. Berlin 1979: S.173-176

14 Marie-Theres Knäpper: Feminismus Autonomie Subjektivität. Bochum 1984.

15 Frauenhaus Essen: Materialien zur Arbeitsgrup-pe 5A Frauenhausarbeit: Politische Arbeit oder Dienstleistung für den Staat. In: Dokumentation des Kölner Kongresse 1281. Autonomie, Frauen-bewegung und die Organisationsfrage. Köln 1982, S.42-45.

16 Diskussionspapier der ehemaligen Frauenhaus-Initiative Bochum: Materialien zur Arbeitsgruppe 5B Materielle und ideologische Trends in unserer Gesellschaft und ihre Auswirkungen auf die Frau-enbewegung. In: Dokumentation des Kölner Kon-gresses 12/81. Autonomie, Frauenbewegung und die Organisationsfrage. Köln 1982, S. 53-55.

17 Maria Mies: Autonome Frauenbewegung und die Organisationsfrage. In: Dokumentation des Kölner Kongresses 1281 Autonome Frauenbewe-gung und die Organisationsfrage. Köln 1982, S.2-7.

18 Annecke, Ute; Kiewel, Angelika; Mies, Maria; Müller, Carola; Sauer-Burghard, Brunhilde; Skriver, Barbara. Diskussion der Materialien des Kölner Kongresses 12/ 81. In: Dokumentation des Kölner Kongresses 12/81 Autonome Frauenbewegung und die Organisationsfrage. Köln 1982, S. 127-141.

19 Maria Mies: Autonome Frauenbewegung und die Organisationsfrage. Köln 1982.5.2-7.

20 Wülfing, Gisela: Lust zu siegen - Machtgewinn allein ist unerotisch. In: Anders, Ann (Hg.): Schlüs-seltexte der Neuen Frauenbewegung seit 1968.Frankfurt a.M. 1988.

21 Sacksofski, Ute: Was ist feministische Rechts wissenschaft? Zeitschrift für Rechtspolitik 9/2001

22 www.gender-mainstreaming.net, besucht am 1.12.2003

23 Sokol, M. Feministische Rechtspolitik In: Streit 1/ 1989:9

24 Baer, Suanne: Radikalität, Fortschritt und Gen-der Mainstreaming - zum Stand feministischer Rechtspolitik heute. In: Streit 2/2003:71

Shoppen und verschanzen in Santiago

Chiles Sonderweg zur Demokratie

Die Mitte-Links-Regierung freut sich über die gute Konjunktur, während das rechte Lager weiter an einem Kinderpornoskandal kränkelt. Derweil lässt sich die Bevölkerung von der „kulturrevolutionären Fußgängerzone" überzeugen und kauft – sofern sie es sich leisten kann – neue Zäune.

Wir befinden uns in einer Ubergangsphase zur Demokratie, die noch lange nicht abgeschlossen ist", sagt Victor Hugo de la Fuente. Der Direktor der chilenischen Ausgabe von Le Monde diplomatique empfängt uns in einem Hochhaus im Zentrum von Santiago. Sein winziges Büro beherbergt eine beeindruckende Sammlung kleiner Pinguine, an den Wänden hängen Erinnerungsbilder. Eine Schwarzweißfotografie zeigt den Redakteur im Pariser Exil als Sprecher von Radio Frances International. 1988 kehrte de la Fuente nach Chile zurück. General Augusto Pinochet musste damals – nach fünfzehn Jahren Militärdiktatur – den Weg in die Demokratie freigeben.
Zuvor hatte der General sich und einige Getreue noch zu „Senatoren auf Lebenszeit" ernannt. Die Putschisten schufen sich damit eine Art christlich-fundamentalistischen Wächterrat außerhalb demokratischer Normen, um jederzeit in die Geschicke des Landes eingreifen zu können. Auch die Armee funktioniert in vielen Belangen unabhängig von der Regierung: Die hohen Offiziere berufen die Generalität bis heute selber. Eine Mehrheit der Bürgerinnen ist damit zwar nicht einverstanden, doch die Minderheit reicht fast an sie heran: Knapp die Hälfte der rund sechzehn Millionen Chileninnen gab bei den letzten Wahlen den aus den Putschisten hervorgegangenen Parteien Renovaciön Nacional (RN) und Union Democrata Independiente (UDI) ihre Stimme.

La Vida Social

„Armee und Unternehmer haben eine brutale Macht in diesem Land", sagt de la Fuente. Eine einzige Tageszeitung, die kleine La Nacional, an der der Staat selber Anteile hält, sei nicht grundsätzlich gegen das regierende Mitte-Links-Bündnis von Präsident Ricardo Lagos eingestellt. In der Tat: Wer den hauptstädtischen El Mercurio aufblättert, könnte meinen, Lagos repräsentiere eine extreme Splittergruppe und sei gar nicht der Präsident. Im Mercurio tagt das Schattenkabinett. Dabei brütet es nicht nur nationale Direktiven aus, es lässt sich auch mit Freunden in täglichen Fotoseiten der Zeitung zur Schau stellen. „Vida social" („Gesellschaftliches Leben") heißt diese Rubrik im vorderen Teil der Tageszeitung. Die Bildralleys zeigen die bedeutenden Persönlichkeilen beim Empfang in der Bank von Chile, beim 187. Gründungstag der Militärschule oder beim Sekttrinken in einer Gemäldegalerie.
Dass die Rechte in Chile ein Imageproblem hat, war lange Zeit unübersehbar. Nach der Einlieferung Pinochets in eine Londoner Klinik und der anschließend medizinisch attestierten Senilität, die den Alten vor Strafverfolgung schützt, wurde dies auch für viele Angehörige der Oberschicht klar. In Anspielung auf Pinochets Krankenhausaufenthalt gründete sich in Chile die satirische Wochenschrift The Clinic. Die Zeitschrift ist wegen ihres respektlos subjektiven Tons gerade bei jüngeren LeserInnen sehr beliebt. Sie spricht für eine neue Generation, die sich eindeutigen Rechts-links-Zuordnungen zu entziehen versucht. Sie spottet bei jeder Gelegenheit über fundamentalistische Moralvorstellungen und den „Gran General". der sich seit der Rückkehr aus London in eine seiner Privatvillen verkrochen hat.
Auch Joaquin Lavin, der schon 2000 als Präsidentschaftskandidat der Rechten gegen Lagos antrat, ist seit der vorübergehenden Festsetzung Pinochets in London auf Distanz zum ehemaligen Diktator und seinen alten Kameraden bedacht. Der Führer der UDI will 2005 endlich für die gewendete Rechte eine nationale Wahl gewinnen. Auf demokratische Weise ist dies seinem Spektrum seit den sechziger Jahren nicht mehr gelungen. Und seit der Rückkehr zur Demokratie regiert ununterbrochen die Concertacion, das Bündnis der vier „antifaschistischen" Parteien, das von den Sozialisten bis zu den konservativen Christdemokraten reicht. Lavin, zurzeit Bürgermeister von Santiago, der seine Mitgliedschaft zum rechts-katholischen Opus Dei gerne scherzend zur unpolitischen Privatangelegenheit erklärt, wird zumindest rechts der Mitte hoch gehandelt.

Kulturrevolutionierte Fußgängerzonen

„Im Kampf gegen das Verbrechen" brachte Lavin gerade eine Säuberungskampagne im Zentrum der chilenischen Metropole erfolgreich hinter sich, seine Freunde sprechen gar von einer kulturellen „Revolution". Ihre sichtbaren Zeichen sind Gauchokutschen nachempfundene Blumenkästen in der Fußgängerzone, privates Sicherheitspersonal und zentral gesteuerte Musikberieselung auf den Straßen. Die Menschen sollen sich so behütet wie in einer gut gesicherten

Shopping Mali fühlen. Auf den ersten Blick scheint dies bei vielen gut anzukommen. Auch wenn es nicht ins Bild passt, dass der Rio Mapocho so dreckig wie früher durch Lavins Santiago rauscht und die vom Bürgermeister versprochenen „Badestrände" am Fluss weit und breit nicht zu sehen sind.

Die chilenische Hauptstadt mit ihren viereinhalb Millionen EinwohnerInnen wirkt ein wenig wie Los Angeles ohne Traumfabrik – ein etwas zu groß geratenes Dorf.

Im Zentrum bestimmen die Wolkenkratzer der Dienstleistungs-und Finanzunternehmen das Bild. Wenn Büros und Einkaufsläden abends und am Wochenende schließen, leeren sich die Straßen. Viele der besser Verdienenden ziehen sich wieder stadtaufwärts Richtung Anden zurück; nach Osten in die bewachten Apartementgebäude, in die Einfamilienhäuser mit den Vorgärten und der frischeren Luft. Die von Verkehrslärm umtoste Plaza Italia, so schreibt der Schriftsteller Pedro Lernebel, ist die unsichtbare Grenze. die den bürgerlichen Osten von den populären Vierteln des Westens trennt. Hier thront General Baquedano auf einer imposanten Reiterstatue und hält seine einsarne Wacht. Niemand soll sich im Weg irren, aufwärts beginnt das bürgerliche Providencia, abwärts das vom Mittelstand misstrauisch beäugte Zentrum.

Mein Heim ist meine Festung

Das Barrio Quinta Normal ist eines dieser populären ArbeiterInnenviertel westlich der Innenstadt. Man nimmt die U-Bahn bis zur Universidad de Santiago, durchschreitet das Universitätsgelände und steht plötzlich vor den großen modernen Blocks der Villa Portales. Sie wurden Anfang der sechziger Jahre errichtet, inspiriert von der sozialen Architektur Le Corbusiers. Ricardo Alvarez lebt schon seit vierzig Jahren hier. Er war stolz, als Arbeiter in eine „so schöne" Siedlung zu ziehen, sagt er. Alles war grün, Autos gab es keine. Heute sind die großen Plätze zwischen den Wohnblöcken versandet und dienen als Parkplätze.

Sieben Kinder haben er und seine Frau in einer Vierzimmerwohnung der Villa Portales großgezogen. Die futuristisch anmutenden Betonkonstruktionen waren durch Fußgängerbrücken miteinander verbunden „die ganze Anlage machte einen offenen Eindruck. „Dann kam der 11. September", sagt Alvarez in seinem typisch chilenischen Singsang und meint den Militärputsch von 1973.

Die Siedlung mit den vielen Gemeinschaftsanlagen galt fortan als rnedio complicado, als gesellschaftlich schwierig.

Ein Ruf, der dem Viertel bis heute anhaftet. Offensichtlich auch in den Köpfen einer Mehrzahl der BewohnerInnen. Der alte Mann schüttelt den Kopf und deutet auf die vielen vergitterten Fenster und Eingangsbereiche. Sie waren, so sagt er, in der ursprünglichen Architektur nicht vorgesehen. Aber auch das „einfache" Chile hat sich verbarrikadiert und pflegt nur noch, was im eigenen umzäunten Bereich liegt. Die Welt da draußen. ein einziges Sicherheitsproblem. Die Verbindungsbrücken zwischen den Häusern, auf denen Alvarez früher spazieren ging, sind heute zerstört. Einige enden bizarr und sinnlos in den Dächern kleiner Reihenhäuser, die nachträglich um diese Brücken errichtet wurden.

Dass noch die unscheinbarste Bude mit Draht und Gitter verhauen ist, bildet das Markenzeichen der heutigen chilenischen Gesellschaft. Manche Leute leben, so scheint es, am liebsten gleich in Käfigen. Eine direkte Leitung zur Polizei gehört schon in mittleren Wohnlagen genauso zum Standard wie der Autoabstellplatz. Dabei hat Chile eine im südamerikanischen Vergleich atemberaubend geringe Kriminalitätsrate. Die Rechte hält dies für einen Erfolg ihrer Prävention. Während die Militärs sich in die Kasernen zurückzogen. blieben ihre neurotischen Angst- und Bedrohungsdiskurse haften.

„Die autoritären Dimensionen waren in der politischen Kultur Chiles immer präsent". sagt der Soziologe Tomas Moulian. Dieser „offensichtliche Autoritarismus" manifestiere sich in einer „Besessenheit", was die öffentliche Sicherheit anbeträfe. Und in einer konservativen Doppelmoral, wäre hinzuzufügen, die das private Leben zu kontrollieren sucht.

Doch fünfzehn Jahre nach dem Übergang zur Demokratie sind in der chilenischen Gesellschaft auch gewisse freiheitliche Gegentendenzen unübersehbar. Die diskriminierten Minderheiten sind selbstbewusster geworden. Die indigenen Mapuche fordern ihre Rechte. Landlose halten Brachen besetzt, und in Santiago hat sich eine offenere Schwulenkultur etabliert. Institutionell geht es zwar langsam, aber manches doch voran. So konnte die Regierung Lagos vor wenigen Tagen ein modernisiertes Ehegesetz im Parlament durchbringen, das ab November die Scheidung erlauben wird.

Schlammschlacht um Pädophilie

Die Macht der Linken in Chile ist begrenzt. Die außerparlamentarischen Bewegungen sind im Vergleich etwa zu Argentinien schwach, und im Parlament stellt Lagos' Partido Socialista gerade mal 10 der 122 Abgeordneten. Lagos' SozialistInnen sind in der ‚antifaschistischen" Concertacion bloß Juniorpartner, die Bürgerlichen sind weitaus stärker. Lagos mag als Persönlichkeit und Präsident über die Parteigrenzen hinaus beliebt sein. Und seiner amtierenden sozialistischen Verteidigungsministerin Michelle Bachelat werden allgemein gute Chancen eingeräumt, den rechten Herausforderer Lavin auch nächstes Jahr in die Schranken zu weisen, da Lagos selbst kein zweites Mal kandidieren darf. Doch als Kandidatin der Concertacion ist auch eine Christdemokratin im Gespräch.

Bis letztes Jahr gab sich die Rechte um Lavin sehr siegessicher. Doch dann erholte sich die Wirtschaft und blieb vor allem im Gegensatz zu den meisten Nachbarländern stabil. Bei derzeit vier Prozent Wachstum und den hohen Deviseneinnahmen aus dem gestiegenen Kupferpreis lässt sich schwer über die Regierung

rneckern. Als noch schlimmer für Lavin und seine konservativen Saubermänner erwiesen sich die Vorwürfe, zwei ihrer UDI-Senatoren seien samt einem Christdemokraten in einen Kinderpornoskandal verwickelt. Sie sollen auf den Partys eines befreundeten Unternehmers minderjährige Drogenabhängige sexuell missbraucht und vergewaltigt haben. Die Beschuldigungen stam-men ausgerechnet aus den Reihen des Bündnis-partners RN. Seit vergangenem Oktober tobt darum in den beiden Rechtsparteien eine Schlacht, in deren Zentrum die RN-Abgeordnete Pia Guzman steht und in deren Ver-lauf die Präsidien beider Rechtsparteien ausgewechselt wurden.

Guzman brachte im Oktober als Vizepräsidentin der RN den Skandal öffentlich ins Rollen. Ihr Wahlkreis ist der wohlhabende Hauptstadtbezirk 1 as Condes. Sie hatte sich schon früher für missbrauchte Kinder eingesetzt. Öf fensichtlich lagen ihr konkrete Informationen vor, und offensichtlich befürchtete sie, dass die chilenische Justiz die Sache unter den Tisch kehren würde. Die UDI und rechte Medien schossen sich sofort auf Guzman und die Belastungszeugen ein, darunter einen Pater, dem sich mehrere Jugendliche anvertrauten. Das Thema ist nach acht Monaten immer noch nicht vom Tisch. Lavins Leute haben es aber mittlerweile geschafft, Guzman in ihrer eigenen Partei, der RN. zu isolieren.

Etwas haften bleibt immer

„Es gibt kein einziges Video", gab sich UDI-Generalsekretär Patricio Melero von Anfang an siegessicher. Und so mag es am Ende auch sein. Doch so manchen – auch konservativen – ChilenInnen dürfte die „Mauer des Schweigens", welche die UDI-Männer errichtet haben, und die Kampagne gegen Guzrnan sauer aufstoßen. Drei Monate nach Beginn der Kampagne gegen Guzman glaubten nach einer Umfrage des konservativen Mercurro immer noch 75 Prozent der Bevölkerung an das, was nach Lavin einfach nicht sein darf.

Doch trotz der Glaubwürdigkeitskrise der Rechten: Links sind viele ermüdet von dem langsamen und stockenden Reformprozess in Chile. Die Verfahren urn die Menschenrechtsverbrechen der Diktatur haben noch nicht einmal richtig begonnen. Und wirtschaftspolitisch sind keine großen Sprünge drin. Manche wünschen sich da,

die SozialistInnen würden in die Opposition gehen. „Doch". sagt Victor de la Fuente, „die Regierungsinstitutionen sind die einzigen Machtorgane in Chile, die nicht komplett von der extremen Rechten kontrolliert werden. Das kann man nicht einfach aufgehen."

Andreas Fanizadeh

(aus:LateinamerikanNachrichte 361/362)

AKW WST INFOBRIEF

Nr.: 01 / 29.KW 2004 **KOSTENLOS!** [INFO.AKW.WST.AG.01-29KW04(1)©

*Dies ist kein offizieller Werbeträger und keine Veröffentlichung im Sinne des Pressegesetzes.Dies ist lediglich ein Infobrief von für Freundlnnen des AKW WST! Alle Angaben ohne Gewähr!.Änderungen halten wir uns vor! Die einzelnen Beiträge des Infobriefes geben nicht unbedingt die Meinung der privaten Nutzer- und Unterstutzerlnnen wieder.►Unsere Infobriefe liegen an den bekannten Stellen kostenlos aus! Herausgeber:*Verein zur Förderung alternativer Kultur (AKW WST). *V.i.S.d.P.:K&R (Jolly)*

Hallo Ihr lieben Freunde und Freundlnnen,
es ist an der Zeit,das ich diesen ersten Infobrief inoffiziell herausgebe!
In diesen schlechten Zeiten ,sehnt man sich nach guten Zeiten!....Die Linke ist schwer krank. Da wir dazugehören werden auch wir unsere ganze Anstrengung daransetzen,sie neu zu beleben!Um zu verhindern,dass sie verschwindet,muss Arbeit geleistet werden.Laßt uns diese Arbeit leisten!Einen kleinen Beitrag dazu soll unser AKW WST leisten!Es hat etwas gedauert,aber jetzt haben wir das AKW WST in die Tat umgesetzt. ►Wir machen weiter bis zum Erfolg ! –**" Macht MIT & helft MIT "~ !**
► Wir ziehen mit dem AKW WST noch einmal um!Diesbezüglich bitten wir um etwas Verständnis!
► Bei einer Personzahl von min. 5 Leuten setzen wir schon eine private Projektgruppe in Tat um.
► Die meisten ansäßigen Gruppen sprich private Nutzer-&Unterstutzerlnnen des AKW WSt sind private Projektgruppen,die sich in der Aufbauphase befinden.
► Es beginnt wieder einmal der Wettlauf um die Zeit und um den Erhalt des AKW WST. Es sieht weiterhin nicht allzu rosig für uns (aktiv,sportlich und finanziell) aus.In diesem Jahr sind es die ansäßigen St.Pauli-Fan's, die alles zusammen halten!Trotz Differenzen werden wir auch den ansäßigen Fanclub "FC St.Pauli the kickerpunx Weser&Ems "durch das AKW WST fördern!Für uns alle ist es sehr wichtig,das wir in diesen harten Zeiten weiter zusammen rücken!►**Ab diesem Jahr wird alles GUT!Bestimmt!!!**

Euer Jolly

Die linke Gesellschaft verteidigen, ist auch unsere gemeinsame Aufgabe ! ►Frieden & Freiheit & Gerechtigkeit" ! ! !

(Jetzt erst RECHT ! ! !)

Aktuelle Termine: *(Ab dem Monat August ' 04 gibt es weitere Termine!)*

1.)Das Plenum des AKW WST findet einmal im Monat in Oldenburg statt!>Info's: AKW WST!
2.)Die kleine AKW WST' - Eröffnungsfete findet nach dem Umzug im Monat August '04 in Westerstede statt!>Info's:AKW WST!
3.)Das erste GPM 159 - Treffen '04 findet nicht wie geplant in Berlin,sondern im Monat Oktober '04 in Oldenburg (Weser&Ems)statt!>Info's: AKW WST !
4.) Die inoffizielle Gründungsfete der "LJF Ammerland" findet im Monat August'04 in Oldenburg statt. >Info's: AKW WST!
5.)Die inoffizielle Gründungsfete der "Alhambra-freunde Ammerland"(& SHG Rechtshilfe Ammerland) findet erst im Monat November'04 in Oldenburg statt! >Info's:AKW WST !
6.) Die inoffizielle Gründungsfete der "rosa-roten Alpenrosen Ammerland" findet zusammen mit der warmen Fankurve von St.Pauli im Monat September '04 in Wilhelmshaven statt!>Info's:AKW WST!
7.)Sonntag,den 18.07.04,ab 17.00 Uhr: St.Pauli gegen Trabzonspor (CL Türkei), -TESTSPIEL- am Millerntor.
8.)Freitag,den 23.07.04,ab 19.30 Uhr: St.Pauli gegen Eintracht Frankfurt(2.BL), -TESTSPIEL- am Millerntor.
►Am 24.07.04,ab 16.00 Uhr: Offizieller Stammtisch des Fanclub's (NEU)" FC" St.Pauli the kickerpunx Weser&Ems im Clubheim des FC St.Pauli am Millerntor. (Vorversammlung zur Jahreshauptvers.!) >Info's:AKW WST!
9.)Die Jahreshauptversammlung '04 des FC St.Pauli the kickerpunx Weser&Ems findet am Samstag,den 30.Juli'04 ,ab ~ca. 14.00 Uhr in Rostock beim Force Attack - Festival statt! >Info's:0171-6807476!
10.) Kleine Geburtstag'sfete zum Gedenktag an "TIGER" (Denis) findet am 3.August '04 , ab ca. 20.00 Uhr in Hamburg,in der Hafenstraße (Volxküche) statt! (Durch den FC St.Pauli fkpx W&E!) Info's: AKW WST!

Das AKW WST ist ein privates linksalternatives Rat-& Tatbüro* von/für antirassistische Mitmenschen und für private Gruppen!
(Eine private Non-profit-organisation!)

&
privates ST.PAULI
Info- & Fanbüro
Weser & Ems

Postanschrift:
AKW WST · Postfach 1231
D-26642 Westerstede
Besucheranschrift:
Breslauerstraße 16 A (Eing.:Recht's)
D-26655 Westerstede
(-bei St.Pauli klingeln !*)
Öffnungszeiten:
Laut Terminplaner oder nach Absprache!
Tel.:
0171-6807476 (+Box / +SMS)
Exklusive Rat-&Tatrufnummer:
Bitte die "Geheimnr." benutzen!

►Unsere exklusiven privaten Abteilungen:
1.) Rat-&Tatbörse
2.) Mitfahrbörse
3.) Übernachtungsbörse
4.) Projekt-& Ideenbörse
5.) Veranstaltungsbörse

MACH MIT & HELF MIT ! ! !

►Die privaten Gruppen & Projektgruppen (Nutzerlnnen),die z.Zt. im AKW WST ansäßig sind:
1.) Fanclub: FC St.Pauli the kickerpunx Weser&Ems (Gesamtverein mit Untergliederungen)
(1.) Info-&Kickerstammtisch WST;
(2.) Stammtischgruppe OL; (3.) - HB;
(4.) -Nordenham; (5.) - WHV ; (6.) - EMD;
(7.) -AUR; (8.) - Leer; (9.) -???-
(10.) -Quakenbrück; (11.) - Wildeshausen;
(12.) Mitgliedsgruppe Kickerfreunde W&E;
(13.) - Fußballfreunde W&E ;
(14.) - Rugbyfreunde W&E;
(15.) - Wasser- & Beachballfreunde W&E ;
(16.) - Baseballfreunde W&E;
(17.) - Qi Gongfreunde W&E;
(18.) - St.Pauli-biker W&E (Stammtischgruppe);
(19.) - Astrapunx W&E (Musikfreunde);
(20.) - Warme Fankurve W&E
2.) Alhambra-freunde Ammerland (& SHG Rechtshilfe Ammerland)
3.) LJF Ammerland
4.) Punk-rock-freunde Ammerland
5.) Rosa-roten Alpenrosen Ammerland (& Coming Outgruppe Ammerland)
6.) PDS - Freundeskreis Ammerland
7.) GPM 159
8.) Fanclub:Rote Flora Hamburg Weser&Ems
9.) ARBS Interbiker Weser&Ems
10.) APPD-Freunde Niedersachsen/Gruppe:W&E
11.) Rosa-rote Regenbogen Weser&Ems (Stammtisch)

Frieden & Freiheit & Fußball und Gerechtigkeit !!!

Disskussions - Papier Disskussions - Papier Disskussions - Papier Disskussions - Papier Disskussions - Papier

--- Militanz-Begriff - Geschichtslosigkeit
--- Selbstwahrnehmung und Analyse, Tellerrand und Einkreisung
--- Wahl und Hierachie der Mittel.
--- Der Fall Tarek Mousli.
Die „Solidaritätsbewegung"

Wie schon die Leute vom „Runden Tisch der Militanten" (Interim 498 / 30.März 2000) treffend feststellten, erweist es sich als sehr schwierig, in der „Militanz-Debatte" gemeinsame Einschätzungen zu formulieren- selbst innerhalb einer Gruppe. Auch ich habe mit anderen früheren oder auch heutigen Militanten versucht, eine gemeinsame Stellungnahme zuwegezubringen, die den Bogen spannt von der RZ- Geschichte über militante Politik allgemein bis zum „Fall Tarek Mousli". Nach einem halben Jahr haben wir es immer noch nicht hingekriegt. Darum schreibe ich meine Gedanken jetzt mal alleine auf, als Beitrag zur Diskussion.

Vorweg schicken möchte ich, daß ich seit etwa zwanzig Jahren praktisch und theoretisch mit klandestiner Organisierung zu tun habe. Zu dem „Runden Tisch" hätte ich auch einiges zu sagen, aber eine genaue kritische Analyse würde den Rahmen sprengen, darum hier nur ein zusammengefaßter Eindruck: Ich finde den Text nicht so schlimm, wie es in manchen anderen Reaktionen darauf anklang. Vielen allgemeinen Aussagen darin stimme ich zu, aber es gibt leider sehr viele allgemeine Aussagen, die oft phrasenhaft werden. Der Text schreibt letztlich in meinen Augen eine „bewegungsautonome" politische Tendenz fort, die vieles behauptet, aber wenig umsetzt. Es wird von „ aus der Geschichte lernen" geredet, von neuen Strategien, von sozial tragfähigen Strukturen, von „Militanz ist ein Mittel, kein Programm". Wenn es dann konkret wird kommt dabei heraus: es wird alles so weiter gemacht wie bisher; statt Strategie werden neue Modethemen benannt; schön, daß wir mal drüber geredet haben; die nächste Kampagne kommt bestimmt. Das bei all dem „Köpfe heiß geredet" worden sein sollen, muß wohl an der Enge des (Vorstellungs-)Raumes gelegen haben, in dem die Beteiligten sich befanden und bewegten; und was dann schließlich aus den heißen Köpfen rauskam, war - na was wohl? - viel heiße Luft!

Darin manifestierte sich die gängige Position der „Militanz-Debatte", die sich zusammenfassen läßt in den drei goldenen Regeln deutscher Amtsstuben (Das haben wir schon immer gemacht, das machen wir nie anders, da könnte ja jeder kommen). Die andere zeigte sich in der Interim 502 (18.Mai 2000), wo unter der Überschrift „Clandestino" eine militante Gruppe sich bitter beklagte über die Schere zwischen den schlimmen gesellschaftlichen Verhältnissen und abfallenden radikalen Linken. Dieser Absatz, der über die Jahre in vielen Texten zur „Militanz-Debatte" aufscheint, versucht, argumentativ herbeizureden, was materiell nun einmal nicht (mehr) vorhanden ist. Das führt zu richtigen Analysen (die gründlicher sind als die ersten Position, weil sie auch selbstkritisch sind), aber auch zu seltsamen Kausalketten bezüglich der Macht des Reformismus (fast schon eine Verschwörung) oder Existenz geheimnisvoller „ vermeintlich vorrevolutionärer Phasen", die eigenartigerweise immer vor etwa zehn Jahren lagen und damals militante Praxis legitimierten. Hat das etwa etwas mit der Biographie den Personen zu tun, die, die Analyse vornehmen? Anfang zwanzig die „vorrevolutionärer" Drangphase, über dreißig dann die nachdenkliche Rückschau?

Die „Militanz-Debatte" holpert über die Jahre und Szene-Generationen voran, und jeder Beitrag, der für sich in Anspruch nimmt, sie zu „beginnen" oder „neu anzustoßen" ist ein Teil davon. Nur vorwärts kommt sie leider kaum. Nun versuche auch ich mal, in die Speichen zu greifen.

Militanz-Begriff - Geschichtslosig keit

Ich denke in der Militanz-Debatte geraten manchmal einige Begriffe durcheinander. Es wird immer mal wieder gerne kritisiert, daß die militante Strategie fehle in der militanten Politik der Linksradikalen. Diese Feststellung ist weitgehend abgekoppelt von einer Analyse der politischen Gesamtlage der (radikalen) Linken (trotzdem in keinem Text der Abschnitt über die Krise der Linken fehlt), und die alte Frage „was bedeutet eigentlich Militanz" wird an dieser Stelle meist zum Bumerang. Denn während im Grundsatz häufig betont wird, daß der Begriff Militanz nicht gleichgesetzt werden sollte mit Gewalt und daß militante Gruppen nicht zwingend Gruppen sein müssen, die konspirativ arbeiten und Anschläge verüben, schleicht sich ebendiese verkürzte Sichtweise normalerweise durch die Hintertür wieder hinein, wenn es um militante Strategien geht . Denn dann diskutieren militante Gruppen, und siehe da, das sind doch „nur" die konspirativ arbeitenden Gruppen, die Anschläge verüben. Diese Verkürzung der Subjekte (die da diskutieren) auf klandestine Gruppen, bewirkt die Verkürzung des Themas (Strategie,Politik) auf ihre Aktions- und Organisationsform. Und das bedeutet nichts anderes, als daß der Schwanz mit dem Hund wedeln will, denn die Frage der militanten Strategie, ist eine Frage der linksradikalen Politik insgesamt, während klandestine Gruppen und deren Anschläge lediglich eine bestimmte Ausdrucksform davon sind.

Diese Verwechslung hat nicht nut in der Theorie Folgen, sondern auch ganz praktisch. Ein passendes Beispiel dafür ist das Projekt „K.O.M.I.T.E.E" 194/95, dessen Mitglieder der Meinung waren, strategische politische Orientierungen für sich und die radikale Linke durch militante Aktionen (=Anschläge) und die Texte dazu erarbeiten zu können . Diese Überschätzung von sich selbst und der gewählten politischen Ausdrucksform wurde ihnen zurecht von einigen um die Ohren gehauen, nachdem sie sie in ihrer Auflösungserklärung im Herbst 1995 beschrieben hatten .Dieses Beispiel eignet sich gleichzeitig , den Blick auf die (Entwicklungs-)Geschichte jener politischen Ausdruksform zu lenken, die ich jetzt weiterhin „militante Gruppen" nenne (weil dabei vermutlich alle LeserInnen eben an konspirative Gruppen denken die Anschläge durchführen, und nicht an einfache radikale linke Gruppen).Denn eine weitere Kritik an der Gruppe K.O.M.I.T.E.E. war, daß sie keine Analyse der vorhergegangenen Erfahrungen anderer militanter Gruppen vorgenommen habe und darum Fehler , die andere Jahre vorher schon öffentlich benannt hatten, wiederholt habe.

Das ist natürlich nur die halbe Wahrheit, denn es gab und gibt Menschen, die eine solche Analyse für sich in Anspruch nehmen,

aber keine oder ganz andere Fehler sehen bei den militanten Gruppen der Vergangenheit. Wie das unrühmliche Beispiel der „AIZ" (Anti- Imperialistische Zellen) Mitte der 90er gezeigt hat, gab (gibt?) es auch Menschen, die alte Konzepte der RAF weiterhin für richtig halten..... dennoch müßten eigentlich alle, die von so etwas wie „Strategien" reden, zumindest eine Analyse der Vergangenheit vorweisen können und sagen, wo sie Fehler und wo nicht. Daß das K.O.M.I.T.E.E. eine solche Analyse nicht vorweisen konnte, sondern stattdessen die Politik der radikalen Linken an sich analysierte, verweist auf die anfangs erwähnte Begriffsverwechslung: Sie kritisieren einen Inhalt, das Ergebnis der Kritik war aber ein formales- konkret: sie kritisieren z.B. die mangelhafte Solidarität der Linken mit dem Kampf in Kurdistan und schlossen daraus nicht etwa, eine stärkere politische Initiative sei nötig sondern militante Aktionen seien nötig.

Diese Verschiebung von Analyse und Folgerung ist aber gar nicht so verwunderlich, wenn ich eine grundsätzliche Geschichtslosigkeit voraussetze, die die radikale Linke allgemein durchzieht und ein wesentliches Merkmal auch der militanten Gruppen ist. Dabei ist es nicht etwa so, daß die einzelnen Menschen darin sich nicht mit der Vergangenheit beschäftigen würden. Doch je kollektiver es wird, desto mehr verschwindet die Geschichtsanalyse hinter der Gegenwart. Gruppen äußern sich schon kaum mehr dazu (dafür gibt es „Broschüren", deren Halbwertzeit ca. 6 Monate beträgt, danach erinnert sich niemand mehr daran und sie verstauben in Archiven und WG-Regalen). Die diffuse militante Szene insgesamt (Gruppen, befreundete Individuen etc.) blickt gerne in die Zukunft (...was könnte die nächste Kampagne sein?...), in die Vergangenheit meist nur, wenn sie von außen dazu geprügelt wird. Danke, Herr Generalbundesanwalt, für diese Initiativen zum Geschichtsbewußtsein!

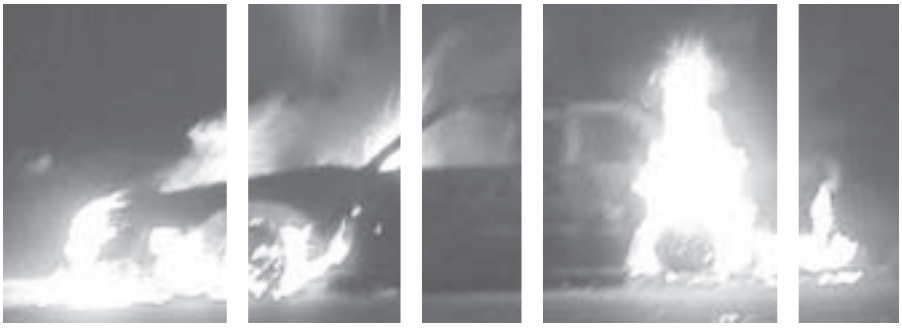
Deswegen ist es kein Wunder, das die Gruppe K.O.M.I.T.E.E. kommentarlos ein Konzept aufgriff, daß keine fünf Jahre vorher in der Diskussion um die Auflösung der zumindest einer RZ-Gruppe eingehend besprochen und kritisiert worden war, nämlich die Initierung politischer Bewegung durch militanten Eingriff(Anmerkung: Ich subsumiere unverschämterweise die Rote Zora unter dem RZ-Begriff, weil ich das Konzept der Organisierung als das selbe ansehe). Ich glaube dabei noch nicht einmal, das die K.O.M.I.T.E.E.- Leute alle so jung waren, daß sie die Debatten von 1990/91 nicht mitbekommen hatten, sondern vielmehr, daß sie die Dynamik, in der sie selbst agierten, nicht mitbekamen, weil sie keine ordentliche Analyse der Ausdrucksform „militante Gruppen" vorgenommen hatten. Ja, ja Schlaumeiern können wir alle hinterher, ich weiß. Leider stimmen ja zwei Vorwürfe, die gut zusammenpassen: Zum einen, daß die militanten Gruppen bzw. die Leute daraus fast nie etwas dazu erklären, warum sie aufhören oder anders weitermachen, und nur wenige Erfahrungen daraus weitergeben. Ein rühmliches Gegenbeispiel ist hier das sonst von mir gescholtene K.O.M.I.T.E.E.! Zum anderen, daß die nachkommenden Jüngeren das oft auch gar nicht hören wollen. Und das ist auch einer der Knackpunkte für die behauptete kollektive Geschichtslosigkeit der radikalen Linken: die einzelnen Menschen politisieren sich, bilden sich, lernen, werden älter, und je mehr sie lernen(oder zu lernen glauben), desto weniger teilen sie mit, oder sie entfernen sich in Elfenbeintürme der Theorie und Spezialisierung.

Irgendwann verabschieden sie sich aus der ganzen Szene, und die, denen sie mitteilen könnten, warum, sind die, die es sowieso wissen, weil sie der selben Generation entstammen. Ich will nicht behaupten, daß es allen so ergeht. Manche versuchen, sich vor dieser Zentrifugalkraft (das ist die Kraft die dich vom Karussell schleudert) zu schützen, indem sie sich einfach nicht entwickeln und versuchen, auch mit vierzig Jahren noch wie zwanzigjährige Autonome zu rödeln. Manche verschwinden schon nach drei, vier Jahren wieder, weil es ihnen zu langweilig wurde, sie sich die Hörner abgestoßen haben, sie eingeschüchtert wurden äußerer oder innerer Repression- an öffentlicher Klage ist ja nie Mangel gewesen, und die Gründe, aus der linksradikalen Szene auszusteigen, sind regelmäßig in der Interim nachzulesen.

Es gibt in Deutschland für einheimische heute nahezu keine Not oder Repression in einem Ausmaß, die offenkundig zum widerstand im eigenen materiellen Interesse zwingt. Es gibt keine autonome Partei. Es gibt kein autonomes Manifest. Es gibt keine übergeordneten linksradikalen Disziplinierungsorgane, es wird höchstens ständig darum gestritten. Es gibt in der Szene keine individuellen Absicherungen, die mit Institutionen wie Familie oder Rentenkasse konkurrieren könnten. Es gibt viele Möglichkeiten, sich anderweilig zu „verwirklichen". Das heißt das Bewegen in der linksradikalen Szene ist ein ständiger Kampf um Sicherheiten und Wege, und alle sind freiwillig drin und können sich jederzeit anders entscheiden. Es ist eine Frage des Bewusstseins, keine materielle (du kannst auch in Schwedt gegen Nazis sein, ohne linksradikal sein zu müssen). Das ist anstrengend, und viele halten es nur begrenzte Zeit durch.

Wer linksradikale Bewegungs-Hochzeiten mitgemacht hat, weiß, daß solche Zeiten nicht nur viel Zulauf an Menschen bringen, sondern den einzelnen auch viel Kraft für die Zukunft mitgeben. Solche Hochzeiten gab es in der Vergangenheit ungefähr im Zehnjahres-Rythmus: 1969-72, 1980/81, 1990/91. Aber die Zeiten änderten sich auch jedesmal wieder, und mit dem Abflauen der Massenmobilisierung verschwanden auch viele Leute wieder aus der Szene, für die es ein Abenteuer (der Jugend), ein Irrweg oder was auch sonst gewesen war. Übrig blieben Menschen, die aus der Bewegungszeit Optimismus, Ungeduld, Radikalität und intensive Politisierung mitgebracht hatten - letztere oft so stark, daß alle anderen Lebensperspektiven (Ausbildung, Beruf, Kinder...) dahinter nahezu verschwanden. Für diese Menschen war es nur folgerichtig, die kollektive Bewegung weiterzuführen - einzeln und/ oder gemeinsam in Gruppen. Das führte für viele in die militante Gruppe, ein Entwicklungsprozeß, der meist ein paar Jahre dauert.

So ist es kein Wunder, daß die Hochzeiten militanter Gruppen einige Jahre nach dem Bewegungshoch liegen, also Mitte der 70er (RAF, RZ, 2Juni) und 80er Jahre (RZ, autonome Gruppen, „Kämpfende Einheiten") - was die 90er angeht, ist es wegen der zeitlichen Nähe schwer zu klassifizieren, mglw. Läßt es sich als als „autonome



Gruppen im Antifa- und Anti-AKW Bereich" zusammenfassen. Dieser Entwicklungsprozeß ist unabhängig von den Interessen der beteiligten Subjekte, es ist ein objektiver geschichtlicher Prozeß, der von den beteiligten oft so nicht oder nur teilweise wahrgenommen wurde (mich eingeschlossen) und sich meist erst im Rückblick offenbart.

So betrachtet, gibt es aber keine „militanten Strategien", sondern die militanten Gruppen sind eine Konsequenz linksradikaler Bewegungen und stehen und fallen mit der Politik der radikalen Linken an sich: ist diese Politik offensiv, initiativ, entfaltet Breitenwirkung, zieht Menschen an, so wachsen und gedeihen damit auch automatisch militante Gruppen. Sie fügen sich in die politischen Strategien der Bewegung dann soweit ein, daß sie sie militant begleiten, manchmal zuspitzen, hier und da Punkte der Aufmerksamkeit setzen. Geht es bergab mit der Bewegung, versuchen die militanten Gruppen, deren „Geist" weiterzutragen, wobei ihre Praxis sich meistens nicht unterscheidet von der vorherigen - der Bezugskreis „radikale Linke", der die militanten Gruppen politisch stützt und ihre Aktionen wahrnimmt, ist eben einfach kleiner oder defensiver geworden.

Selbstwahrnehmung und Analyse, Tellerrand und Einkreisung

Wenn Menschen aus militanten Gruppen zum Thema „politische Perspektiven" nicht mehr zu sagen haben als mögliche nächste Anschlagziele und daß es nötig ist, all den ganzen bösen Moloch anzugreifen (wie geschehen im „Runden Tisch der Militanten"), dann verweist das einmal mehr auf die oben genannte Begriffsverwechslung- denn weder reden sie über mögliche Formen militanter Organisierung und deren Interventionsmöglichkeiten /außer mal eben „Neue Technologien" zu hypen, von denen sie offenbar nicht viel wissen), noch reden sie über politische Perspektiven linksradikaler Politik. Und das , obwohl einige Seiten vorher alle Beteiligten klar gemacht haben: „Militanz ist ein mittel, kein Programm". Im Grunde sagen sie nur: alles geht so weiter wie bisher. Und das wird es vermutlich auch. Alte Leute, alte Gruppen verdünnisieren sich neue kommen und wissen nicht, wo die Alten geblieben sind. Es ist auch nicht ganz abwegig, anzunehmen, daß es tatsächlich keine Alternative dazu gibt und das daß ganze aufgeregte Suchen nach dem „Neuen" nichts anderes ist als ein blindes Nachbeten der Fortschrittsmythen, die zum Motor des Herrschaftssystem gehören, das wir bekämpfen.

RAF und RZ hatten das Potential zu mehr, da sie Organisierungen waren, die lange bestanden. Sie haben sich entsprechend bemüht, politische Analysen in die radikale Linke zu tragen, was der RZ auch teilweise gelungen ist (die RAF hatten sich Ende der 70er bereits soweit entfernt vom Großteil der radikalen Linken, das ihre Analysen kaum noch jemand erreichten außerhalb des Antiimp-Spektrums . Wie die Broschüre „ Das Ohr auf die Schiene der Geschichte des bewaffneten Kampfes in der BRD" - Stuttgart 1997 - zeigt, haben einige aus dieser Szene das bis Heute nicht bemerkt).

Die Analyse der RZ waren oft wichtig und auch „orientierend „für viele Menschen, vorallem in der ersten Hälfte der 80er. Es läßt sich schwer sagen, ob die politische Wirkung von Analysen der Friedensbewegung oder des Startbahn-Widerstands größer oder kleiner gewesen wäre, wenn darunter nicht „RZ" sondern „Analysegruppe XYZ" gestanden hätte- vermutlich hätten nicht mehr oder weniger, sondern einfach andere Menschen den Text gelesen. Die Tatsache, daß die RZ in der Lage waren, nicht nur Bomben zu legen, sondern auch differenzierte Analysen abzuliefern, hat aber in jedem Fall viel zu ihrem Mythos beigetragen: sie waren die klugen Militanten, oder, um auf eine einstmals in Berlin berühmt-berüchtigte Formulierung von Anfang der 90er zurückzugreifen: sie vereinigten „Mut" und „Schlauheit" in einer Gruppe, während es ringsum oft nur eins von beiden zu geben schien. Doch auch die RZ mußte Anfang der 80er erkennen, daß sie nicht unabhängig von Zeit und Raum agieren, nicht ihre eigene Bewegung machen konnten. Sie waren den selben objektiven Zwängen unterworfen wie jede x-beliebige autonome Kleingruppe, nur daß eben ein großer Eisberg langsamer wegschmilzt als eine kleine Eisscholle und auch nicht so rasch wieder neu entsteht. Und ihre Fallhöhe war größer: einzelne militante Kleingruppen, tauchten aus der Bewegung auf und verschwanden wieder, ohne daß jemand davon viel Notiz nahm. Die RZ dagegen ließen ein Vakuum zurück, das auch deutlich machte, daß sie an einem Punkt der RAF näher waren als gedacht: beide waren auf Gedeih und Verderb festgelegt auf militante Aktion. Im Fall der RAF wurde das sichtbar an dem Projekt „gesellschaftliche Gegenmacht" Anfang der 90er, mit dem ihre politische Analyse im Verhältnis zur radikalen Linken etwa im Jahre 1981 angekommen war. Die RAF wollte damit nach ihrem politisch-militärischen Scheitern ihr Projekt ins politisch-zivile retten, mußte aber feststellen, daß sie auf dem ersteren Terrain ein Tiger, auf dem letzteren ein Mäuschen war, dessen Piepsen fast niemand hörte. Und die Rz mußten bemerken, daß sie mit dem Einstellen der Aktionen fast augenblicklich und nahezu spurlos verschwunden waren - aus dem früheren Vorteil der öffentlichen Ungreifbarkeit und anonymen Einbettung in eine diffuse linksradikale Szene wurde nun der Nachteil, weder als Mensch noch politisch identifizierbar zu sein.

Es wird auch in Zukunft eine radikale Linke geben, und es wird militante Gruppen geben, die in und aus dieser Szene heraus agieren. In der Broschüre „Als das K.O.M.I.T.E.E. ein Osterei legte" (Berlin 1999) wird das Verhältnis als „nicht orientierend, sondern eher kommentierend" beschrieben. Und wenn die radikale Linke keine Orientierung hat, kann auch die schlauste RZ dies nicht ersetzen.

Solange das so ist, liegt die Aufgabe der militanten Gruppen nicht in erster Linie darin, politische Strategien zu entwerfen, sondern sich selbst ins Verhältnis zu möglichen praktischen Strategien der radikalen Linken zu setzen, den eigenen Standort zu bestimmen, die eigene Organisierungs- und Aktionsform kritisch zu durchleuchten.

Das geht aber nur, wenn es dabei auch eine Analyse der Vergangenheit und eine differenzierte Selbstwahrnehmung gibt. Es ist mir bis heute ein Rätsel, wie die Gruppe

K.O.M.I.T.E.E. es 1995 fertiggebracht hat, in zwei direkt aufeinanderfolgenden Sätzen erst festzustellen, daß „revolutionäre Politik hier in den letzten Jahrzehnten gesellschaftlich immer nur eine Randposition" ohne „realistische Strategie" innehatte und dann zu behaupten „konsequente militante Praxis könnte einer der Hebel sein, den Kreislauf der Linken von Glaubwürdigkeitsverlust nach Außen und Mutlosigkeit und Anpassung nach Innen zu durchbrechen" - beim „Runden Tisch der Militanten" als „völlig richtige Einschätzung „zitiert, in meinen Augen ein völlig abwegiger Spagat zwischen erst realistischer Einschätzung der politischen Großwetterlage" und sodann vollkommen irrealer Überschätzung der Bedeutung des eigenen Projektes und militanter Gruppen überhaupt. Da hilft alle politische Analyse nichts mehr, wenn die Wahrnehmung der eigenen Wirklichkeit so verzerrt ist. Auch die befragten Anti- Imps in der og. Broschüre „ Das Ohr auf die Schiene der Geschichte..." scheinen bis zum Erscheinungsdatum 1997 nicht reflektiert zu haben, in welchem Ausmaß sie die eigene politische Stärke in den 70ern und in den 80ern herbeifantasiert hatten und wie sehr sie persönliche Erfahrungen von relativ begrenzter Breitenwirkung mit starker politischer Bewegung verwechselt haben.

Das wirkt jetzt ein bisschen wie Nachtreterei, aber es spielt eine Rolle, weil es eine alte Wunde der militanten Gruppen berührt: die Selbstüberschätzung. Es ist zwar seit rund zehn Jahren üblich geworden, daß militante Gruppen sich bescheiden äußern, lieber von Nadelstichen als von Machtfrage reden, aber es fragt sich, ob das in Einklang steht mit der persönlichen Gefühlswelt. Denn wer schon einmal etwas gemacht hat mit allem Drum und dran - Organisierung verdeckter Kommunikation, sichere Treffen, technische Infrastruktur klarmachen, taktische Planung usw. Usf. Bis hin zu dem Moment, wo du in einem „feindlichen" Objekt drinstehst und den Zeitzünder plazierst, oder auch bis zu dem Moment wo das BKA dir morgens um sechs Uhr die Tür eintritt und die Knarre an den Kopf hält -, weiß, daß das Leben der Beteiligten davon in einem Ausmaß absorbiert und bestimmt wird, daß sie gar nicht anders können, als die militante Ausdrucksform für sehr wichtig zu halten. Und die Antwort des Staates mag gesamtgesellschaftlich betrachtet unbedeutend sein, individuell gesehen ist sie gewaltig. In Zeiten der Bewegung wie sie weiter oben beschrieben wurden ist, ist die Abschreckungswirkung der Repression geringer, nicht etwa, weil es weniger Repression gibt, sondern weil sie erstens ein starkes Gegenüber hat im Wir-Gefühl der Bewegten, und weil zweitens die Wahrscheinlichkeit, selbst getroffen zu werden, geringer scheint. Die militanten Gruppen haben in den Jahren danach aber das Problem, daß sie wenig Nachwuchs haben und nach und nach personell immer enger eingekreist werden von der Gegenseite. Es muß hier auch einmal aufgeräumt werden mit zwei Mythen: der erste sagt, die Staatsschutzorgane haben nie jemanden von der RZ gekriegt und die RZ-Leute waren lauter völlig unauffindbare Phantome; der zweite sagt, die

Erfolglosigkeit der Staatsschutzorgane gegen die militanten autonomen Gruppen sei auf deren geschickte Konspirativität zurückzuführen.

Erstens die Geschichtsschreibung des BKA in Sachen RZ ist sicherlich eine andere. Das BKA hat 1978 durch das Folterähnliche Verhör Hermann Feilings nach dessen Bomben-Unfall etliche Namen ermittelt. Die Betroffenen mußten untertauchen. Damit war vermutlich nach BKA-Einschätzung die Ur-RZ aus dem Rhein-Main-Gebiet weitgehend zerschlagen. Des weiteren wurden in der gleichen Zeit zwei Leute als Rzler vom BKA verhaftet und später zu mehrjährigen Knaststrafen verurteilt, ein dritter tauchte ab, stellte sich 1982 und kam relativ glimpflich davon. Den aufmerksamen BKA-LeserInnen des „Revolutionären Zorn Nr. 6 (Januar 1981) ist sicher nicht entgangen, daß gleichzeitig die RZ eine Art (personellen) Bruch und Neuanfang durchmachten. Daß BKA zwischen 1978 und 1986 (als das „Wecker-Programm" anlief) untätig in Sachen RZ war, ist höchst unwahrscheinlich. Das persönliche Umfeld der als RZ-Mitglieder oder-UnterstützerInnen angesehenen Personen ist garantiert im Auge behalten worden. Ebenso dann 1986/87, als über die Markierung von Weckern und das Filmen der KäuferInnen mehrere Personen ins Raster gerieten, von denen einige abhauten, andere verhaftet wurden. Das BKA hat sicher Personen- und Umgebungsprofile angefertigt und über die Jahre so, daß Netz um die potenziellen RZ-Mitglieder immer enger gezogen. Ob sie da die richtigen im Visier hatten, ganz oder zum Teil, ist zwar eine andere Frage; daß die Schweine aber völlig im Dunkeln tappten, ist nicht mehr als ein naiver Wunschtraum. Und das selbe gilt für die autonomen Gruppen. Solange es bedeutendere Ziele wie RAF und RZ gab, hat der Sicherheitsapparat mit denen beschäftigt und die „Guerilla diffusa" eher nebenbei bearbeitet. Das hatte zur Folge, daß Durchsuchungen oft schlampig waren und Dinge unentdeckt blieben, oder daß Fehler der militanten Gruppen bei der Durchführung von Aktionen nicht auffielen. Die Spurensicherung einer lokalen Kripo ist eben etwas anderes als die des BKA, sie hat weniger Geld, weniger Mittel, weniger Leute, weniger Wissen, weniger politische Motivation. Der Berliner Staatsschutz ist (oder war) bundesweit berühmt für seine Erfolgs- und Lustlosigkeit. Andererseits wurde bei den meisten politischen Durchsuchungen der 90er Jahre, die in Sachen militante Gruppen stattfanden, belastendes Material gefundenund zwar in jeder denkbaren Konstellation: Bei Leuten mit Jahre -, jahrzehntelanger Erfahrung. Bei Leuten die wußten, die Razzia bevorsteht. An Orten, die bekanntermaßen polizeibekannt waren. Material, das seit langem hätte vernichtet sein müssen. Texte, in denen ausdrücklich stand, daß sie weg müssen. Auf Computern oder Disketten, die problemlos rechtzeitig hätten gereinigt oder gesichert werden können.....dieses Material muß deswegen noch lange nicht juristisch verwertbar sein, es muß nicht unmittelbar mit den von der Durchsuchung Betroffenen zu tun haben, und es kann die Behörden auch durchaus zu falschen Schlüssen verleiten. In der Gesamtheit fließt es aber in die Staatsschutz-Analysen mit ein, zusammen mit der Auswertung von Texten (wie auch diesem hier), Observationen, Telefonüberwachungen, Ermittlungs-verfahren, Hinweisen anderer Behörden, Spitzelberichten. Auch die autonome militante Szene ist durchaus personell eingekreist. Wenn schon ein popliger

Berliner Staatsschutz-Kommissar Koch im Jahr 1996 einen Bericht Abliefert, von dem er wissen muß, daß er früher oder später die autonome Szene erreichen wird, in dem über personelle und strukturelle Verflechtungen sehr detailliert (und teilweise schon eher krankhaft) spekuliert wird- wie sehen dann wohl die geheimen Analysen des Verfassungsschutzes und des BKA aus?

Daß die juristischen folgen aus dieser Einkreisung des militanten Spektrums nicht vergleichbar sind mit der Wucht, die die RAF und ihr Umfeld stets traf, liegt nicht daran, daß die Gegenseite überhaupt keine Namen hätte, die sie auf die Anklagebank zerren könnte. Es liegt vielmehr an der Aktionsform, den Aktionsmitteln, und vermutlich auch der politischen Dimension. Knapp gesagt: wenn Menschen aus den Kreisen der Machtelite getötet werden, wenn Schußwaffen und „echter" Sprengstoff (kein Selbstlaborat) benutzt wird und wenn drittens internationale Verflechtungen militanter Gruppen vermutet oder bekannt werden, etwa zu Guerillas oder fremden Geheimdiensten, dann „hört der Spaß auf". Deswegen wurde die RAF so grausam bekämpft, und nicht, weil sie eine große politische Gefahr für das System, eine bedeutende revolutionäre Gegenmacht darstellte.

Bei den Staatsschutzorganen gibt es aufgrund der jahrelangen Ermittlungen sicher umfangreiche Listen mit potentiellen Militanten; diese Leute werden z.B. in die polizeiliche Beobachtung miteinbezogen, also bei jedem amtlichen In-Erscheinung-treten registriert, ebenso wird zu beobachten versucht, wo und zu welcher politischen Thematik sie sich engagieren. Solche Listen sind zwar „juristisch unsichtbar" weil es keine Anklagen gibt, aber die Auswirkungen auf militante Gruppen sind dennoch sehr konkret (auch wenn manche das nicht wahrhaben wollen). Für die jenigen, bei denen der Staatsschutz mit seiner Vermutung richtig liegt, stellt sich die Frage nach dem „wie weiter" nicht nur politisch, sondern auch technisch: kann ich überhaupt weiterhin so etwas machen, und wenn ja, wen außer mir selbst gefährde ich noch alles? In einer Zeit, wo mehr Leute aufhören als neue anfangen, ist das natürlich fatal, denn es bedeutet, das erfahrene Militante aus den Gruppen ausscheiden müssen, der Ausdünnungsprozeß so verstärkt wird und die neu gekommenen die selben Fehler wie die alten machen und darüber auch wieder schneller als nötig in das gegnerische Raster geraten. Angesichts der Rahmenbedingung, nämlich daß radikale Opposition überhaupt und militante im besonderen hierzulande eine reine Bewußtseinsentscheidung ist und nicht materiell erzwungen, ist es für viele Menschen nicht mehr sehr verlockend, sich militant zu organisieren. Soviel Risiko und soviel Streß für sowenig Ergebnis? Da mache ich doch lieber meine Ausbildung fertig und gehe wandern oder surfen. Diese Problem läßt sich nicht organisatorisch-formal lösen und auch nicht durch die militanten Gruppen selbst, sondern nur durch eine radikale Linke, die mehr Initiative und Ausstrahlung gewinnt.

Dann würde auch die Debatte über „militante Perspektiven", deren Fehlen oder deren Diskontinuität so oft beklagt wird, wieder lebendiger werden. Es ist ja nicht so, daß - wie manchmal behauptet - die böse staatliche Zensur eine solche Debatte unmöglich machte. Sondern es ist das geringe Interesse bzw. Die geringe Zahl der Interessierten, die die Debatte hemmt. Es stimmt zwar, daß ich auf einer öffentlichen Veranstaltung auch deshalb nicht große Reden über militante Organisierung schwinge, weil ich befürchten muß, dadurch (über Spitzel) im Raster der Staatsschützer festgehalten zu werden, was meine reale Organisierung in einer militanten Gruppe gefährdet. Aber das ist ein anderer Grund als die immer wieder angeführte angst vor der allgemeinen zensierenden Repression. Dies ist ein vorgeschobener Grund, der eigentlich vorallem das Gefühl der Isoliertheit ausdrückt.

Wahl und Hierachie der Mittel.

Dazu ist schon viel richtiges gesagt worden: Eigendynamik der Gruppe, Leistungsdenken, Mythen. Ich glaube allerdings nicht, daß Leute, die in den RZ dabei waren, ihre jeweilige politische Meinung wegen dieses Namens plötzlich nur noch in Form von Bomben ausdrücken konnten. Nur, warum sollten sie überall „RZ" darunterschreiben? Daß eine Gruppe, die ein bestimmtes technisches und analytisches Niveau erreicht hat, unter einem identifizierbaren Namen arbeitet, finde ich vernünftig - die Vergangenheit zeigt, daß Debatten über Aktionen oder Texte dadurch befördert wurden, weil es Anknüpfungspunkte gab - es entstand außerdem ganz nebenbei Geschichte. Das ist in der Tat ein „Orientierungspunkt" für die Linke, wenn auch bescheidener, als 1995 vom K.O.M.I.T.E.E vermutlich gemeint. Das ein solcher fester Name für Qualität bürgt, ist wiederum Quatsch. Wer zehnmal Mist verzapft und zehnmal denselben Namen drunterschreibt, wird umso deutlicher die Quittung dafür bekommen, siehe AIZ. Schräg wird diese Identifizierbarkeit dann, wenn die Beteiligten sich selbst soweit gleichsetzen mit dem Projekt, daß sie nicht mehr autonom davon agieren können.

Die Hierarchie der Mittel existiert und läßt sich nicht wegreden mit „ich werfe nicht nur Mollis, gehe auch mal sprühen", denn verschiedene Mittel erfordern verschieden gründliche Qualifikation. Wichtig ist, sich über das Nebeneinander der verschiedenen Ausdrucksformen klar zu werden. Um am Beispiel zu bleiben: Ein militanter Anschlag ist ein materieller Angriff, er soll Sachschaden anrichten und damit den Blick auf das Zielobjekt und dessen ideologische „Umbauung" richten. Eine gesprühte Parole ist eine andere Ausdrucksform, nämlich eine Aussage, ein Appell; ein Aufruf. Es gibt leider massenhaft Sprühereien, die zu nichts anderem dienen als zur Selbstbestätigung der Szene und zur Herstellung des angenehmen Gefühls, selbst etwas verboten-subversives getan zu haben; 95% der Menschen, die diese Parolen sehen, verbinden damit nichts weiter als „Farbe auf der Hauswand. Dadurch verschiebt sich die Ausdrucksform „Sprühen als schriftliche Propaganda" hin zu „Sprühen als militante Tat", was eigentlich völlig albern ist. Wer es damit ernst meint, daß militante Aktionen nur eine Ausdrucksform neben anderen ist, sollte kein Problem damit haben, zu sagen : wenn ich in einer Gruppe militant agiere, agieren wir auf dem Niveau, das wir gemeinsam beherrschen - wenn wir etwas anderes machen, dann gilt dasselbe: sei es schriftliche oder mündliche Propaganda, Demonstration, Aufklärungsarbeit, Kampagne, Weiterbildung, Feste feiern. Also kann ich auch sprühen gehen und Plakate kleben, ohne dabei das Gefühl zu haben, mein Aktionsniveau „verraten" zu haben. Hindern kann mich daran allenfalls die Abwägung, ob ich dadurch andere Tätigkeiten gefährden könnte, die mir wichtiger sind.

Was die Wahl der Mittel militanter Gruppen angeht, gab es über die letzten dreißig Jahre viel „Versuch und Irrtum". Dabei wurden einige Aktionen gemacht, die von anderen von vornherein als falsch kritisiert wurden, es ist also nicht so, daß von einem allgemeinen gleichmäßigen Lernprozeß gesprochen werden kann. Insofern mißtraue ich der manchmal von älteren Militanten vertretene Sichtweise auf die (frühen) siebziger Jahre, derzufolge es damals darum ging, militante Aktionsformen in

Deutschland überhaupt erst denkbar zu machen durch die beispielhafte Tat und Erprobung. Dieser „Wir- haben- bei- Null- angefangen"- Mythos macht die Geschichte gar zu glatt und einfach.

Die Frage der Anwendung bestimmter Mittel wie gewerblicher oder militärischer Sprengstoff und Schußwaffen war stets vielschichtig: zum einen ist dazu eine erheblich höhere Qualifikation nötig; zum zweiten ziehen diese Mittel einen viel größeren Repressionsapparat direkt auf sich; drittens ist die allgemeinpolitische Repression hier viel größer; viertens erhebt sich die Frage nach Leben und Unversehrtheit von Menschen (die , das sollte nicht vergessen werden, sich bei Brand- und Harkenkrallen- Anschlägen genauso stellt). Für viele Militante, auch für mich, ist diese vierte Frage schon Grund genug gewesen, auf absehbare Zeit auf den Einsatz militärischer Mittel zu verzichten. Das bedeutet nicht, sich nicht mit diesen Mitteln zu beschäftigen und sie nicht auch im Arsenal der potenziellen Möglichkeiten zu haben. Übrigens lieber Antonio vom „Runden Tisch", Herrhausen wurde 1989 nicht erschossen, sondern von einer Bombe getötet; dabei hatte die RAF entweder sehr großes Glück, oder sie zog eine ausgesprochen scharf kalkulierte Konsequenz aus der Debatte über die Gefährdung Unbeteiligter bei Aktionen, denn die Sprengladung explodierte so exakt, daß der Fahrer des Autos überlebte.

Die RZ-Schüsse auf die Knie von Schreibtischtätern 1986/87 waren ein Fehler, weil sie nicht der Entwicklung der politischen Kämpfe zu dieser Thematik entsprachen. Die RZ handelten subjektivistisch: sie hatten einige Jahre Ihre eigene Kampagne durchgeführt und eskalierten diese nun ohne ausreichende Rücksicht darauf, ob jemand mitgegangen war. Die Schüsse 1986 auf Hollenberg (Leiter der Ausländerpolizei) wurden von der RZ nicht ausführlich legitimiert, die auf Asylrichter Korbmacher 1987 dann sehr wohl, vielleicht als Reaktion auf Kritik aus der radikalen Linken an der Aktionsform. In dieser Legitimierung die beim „Runden Tisch" von Jonny zustimmend erwähnt wird, haben die RZ viel dazu gesagt, wieso jemand wie Korbmacher ein Schwein ist und die Schüsse verdient hat und wie sie wirken sollen, aber nichts dazu, in welchem Verhältnis die Aktionsform zur politischen Situation rundum steht. Das heißt, die Aktion war Teil des Privatkriegs „RZ gegen das Böse in der Welt" und nicht Teil einer linksradikalen Strategie - und deswegen war sie falsch, so sehr sie dem individuellen Gefühl einiger entgegenkommen mag.

Wie subjektiv beeinflußt die Frage nach der Vermittelbarkeit und dem Rückhalt solcher entscheidender Aktionen ist, zeigt sich immer wieder auch in der Theorie. Als die RAF 1985 den MTU-Chefmanager Zimmermann erschossen hatte, kritisierte eine RZ dies mit dem Tenor, bei seinem Tod habe niemand „aufgeatmet", anders wäre es gewesen, wenn Altnazi Reder erschossen worden wäre. Eine andere RZ antwortete empört, der sei doch nun gar nicht richtig, sondern wenn, dann der österreichische Außenminister. Im Nachhinein ein gespenstischer Wortwechsel...

Als 1987 die Rote Zora ihre erfolgreiche Kampagne gegen die Firma Adler zur Unterstützung der streikenden Frauen in Südkorea durchführte, gab es laute Stimmen der Kritik daran aus der bestehenden Solidaritätszene, die meinten, jegliche andere politische Solidarität mit dem Streik sei dadurch zerstört worden. Beim „Runden Tisch der Militanten" erklärt Antonio aber dazu, die Zora-Aktionen seien in vielen Ländern des Trikont begeistert aufgenommen worden. Ich frage mich woher Antonio das weiß, und falls es stimmt und nicht wie ich vermute - stark übertrieben ist, erhebt sich ja dennoch die Frage, was wichtiger ist: die Ablehnung der einen oder die Zustimmung der anderen? Wessen Zustimmung legitimiert sie, macht sie undurchführbar? Diese Fragen können nur von Gruppen vernünftig beantwortet werden, die den Bezug zur Realität und zu ihrer eigenen Rolle darin behalten haben.

In einigen militanten Gruppen wurden beispielsweise schon ende der 80er diskutiert, ob es richtig oder gar notwendig sei, führende Nazi-Kader zu töten. Es war zum einen Humanismus, der entscheidend dagegen sprach - nicht durch die Aktionsform dem ähnlich zu werden, das du bekämpfst -, zum anderen aber auch die obenerwähnte dritte Frage, nämlich: wäre eine solche Aktion eingebettet in eine politische Szene, die den Folgen standhalten kann, sei es staatliche Repression, sei es Rache von (zweifellos besser bewaffneten) Nazis? Die Anwort damals war ein klares Nein. Also: es muß nicht alles ausprobiert werden, manchmal genügt es auch, vorher ein paar Fragen zu stellen.

Der Fall Tarek Mousli. Die „Solidaritäts bewegung".

Und zuletzt noch ein paar Bemerkungen zu Tarek Mousli und dem ganzen Schlamassel drumrum. Da es bisher im Text um militante Gruppen allgemein und die RZ im besonderen ging, muß ich hier zuerst betonen, daß ich mir die Darstellung der Bundesanwaltschaft nicht zu eigen mache - d.h., ich meine zwar, wer in der radikalen Linken von Tarek spricht, muß auch von der RZ sprechen, dies jedoch nicht, weil ich die staatlichen Mitgliedschaft - Konstrukte unterstützen will, sondern weil der Angriff der Staatsschutzbehörden sich hier gegen das politische und strukturelle Konzept „RZ" richtet. Die RZ sind; wie oben beschrieben, im politischen Nirwana verschwunden und können sich zu dem Angriff nicht äußern - wobei damit natürlich nicht gesagt ist, daß sie es täten, wenn sie noch da wären. Die Antwort auf den Angriff muß von der radikalen Linken kommen, soweit sie irgendeinen Bezug zu militanter Politik haben oder wenigstens hatten, sei es praktisch, theoretisch, persönlich, politisch...

Das verschwinden der RZ macht es dabei schwieriger, Anknüpfungspunkte für eine Diskussion zu finden; was es an Texten dazu gibt, liegt überwiegend acht Jahre zurück. Das fehlen eines erkennbaren politischen Umfelds rächt sich nun, da scheinbar (fast) niemand sich verantwortlich für die Thematik fühlt.

Eine mögliche Antwort findet sich in dem Text „Milis Tanz auf dem Eis, den die Rote Zora 1993 veröffentlichte (der im Untertitel benannte „Versuch Boden unter die Füße zu kriegen", scheiterte offenbar in der Folgezeit). Zum Repressionsschlag 1987 schreiben sie da auf Seite 30 u.a.: „Anstatt das die Themen der Antirepressionskampagne die Aktionen der Roten Zora und die Fehler oder Richtigkeit unserer Politik und die Fragen der Organisierung zentral mit eingeschlossen hätten, wurde unsere Politik ebenso totgeschwiegen, wie grundsätzlich die Fragen um Probleme und Aufgaben praktischen Frauenwiderstandes aus der Diskussion ausgegrenzt blieben." Dèja vu...!?

Doch erst einmal etwas zu Tarek Mousli. Wenn ich im folgenden von seinem „Verrat" spreche, dann deswegen, weil der Begriff insgesamt am treffendsten Tareks Verhalten beschreibt, obwohl die Frage des Wahrheitsgehaltes seiner Aussagen ungeklärt im Raume steht. Die erkennbare Absicht und die Form und Umstände seiner Aussagen scheint mir den Begriff des „Verrats" zu rechtfertigen. Wen und was er verrät, kann und will ich hier nicht diskutieren.

Selbstverständlich müssen sich alle, die mit ihm irgendwo organisiert waren, fragen, wie gut sie ihn kannten, was sie von ihm wußten, und sie werden wahrscheinlich an ihrer Menschenkenntnis zweifeln. Aber die in diesem Zusammenhang unausgesprochen herumgeisternden Fantasien davon, wie jemand schon zehn Jahre vorher als zukünftiger Verräter identifizierbar sein soll oder wie allseitig vertrauenswürdige autonome Normalperson aussehen könnte, sind blödsinnig. Wer von euch gibt mir Brief und Siegel, wo er oder sie in zehn Jahren ist? Oder die zahlreichen Menschen, mit denen er oder sie in der Vergangenheit das eine oder andere angestellt hat? Verratsfälle der einen oder anderen Art hat es auch früher gegeben, aber wer kennt heute noch Namen wie Gerhard Müller oder Volker Speitel, oder wer weiß noch zu sagen, wer nach den Startbahnschüssen 1987, wo zwei Bullen erschossen wurden, welche Aussagen gemacht hat.? Der scheinbar „nie dagewesene Verrat" ist vorallem ein Zeichen schon immer dagewesener Vergesslichkeit Linksradikaler.

Ich gehe jede Wette ein, daß die Wahrheit ziemlich einfach ist: jemand hat mit einer Phase seines Lebens abgeschlossen, und das durchaus nicht nur im Frieden, sondern auch in Bitterkeit mit einigen Menschen gegenüber. Dann hat er sich jahrelang in anderer Richtung orientiert. Er hat keine oder fast keine Loyalitäten mehr gegenüber der Vergangenheit, weder politisch noch persönlich. Die Vergangenheit holt ihn aber unvermutet ein, sei es durch ein Konstrukt des BKA, sei es durch irgendwelche Fehler und Irrtümer, sei es, weil er einen Schritt zurück zu dieser Vergangenheit getan hat zu einem Zeitpunkt, wo er das niemals hätte tun dürfen, eben weil er schon viel zu weit weg davon war. Nun bricht der Boden unter ihm weg, und er greift nach dem letzten Halt, den er sieht (denn anderen, wie etwa sozialen und politischen Rückhalt, hat er über die Jahre selbst freiwillig aufgegeben) - ganz egoistisch, weil er nicht in den Knast will. Einmal in den Fängen des BKA, kann er nicht mehr zurück und wird jetzt von denen eingemacht. Punkt. Nein noch nicht Punkt: Es sollte nicht vergessen werden, daß Tarek in all dem auch Mensch und Subjekt ist, zum guten wie zum schlechten. Wenn von der Kronzeugen- Regelung die Rede ist, klingt das oft, als ob der Kronzeuge ein fremdgesteuertes Werkzeug ist, das nichts anderes tut, als zu unterschreiben, was ihm vorgelegt wird, und dessen einzige „selbstbestimmte" Handlung das Erfinden von Beschuldigungen ist, sobald der Liebesentzug seitens der Verhörenden droht. Ich denke, die Bundesanwaltschaft wäre froh, wenn es so wäre; wahrscheinlicher dürfte aber sein, daß die Aussagen Tareks von allerlei persönlichen Interessen und Eigenarten gefärbt sind, die nicht alle deckungsgleich mit denen von BKA und BAW sind. Sei es, daß er alte Rechnungen begleicht; sei es, daß er aus persönlicher Eitelkeit den großen Allwisser spielt; sei es, daß er sich lückenhaft und falsch an - Dinge erinnert; sei es, daß er sich in einem Spiel mit hohem Einsatz sieht und versucht, so cool wie möglich alle abzuzocken (auch Klaus Steinmetz in Wiesbaden soll ja geglaubt haben, er könne mit dem BKA spielen , wie die Maus mit der Katze). Im übrigen wird mit dem Schlagwort „Kronzeuge" zu viel herumgeworfen, wie ich meine. Dieses Gesetz hat letztlich nur etwas juristisch vereinfacht, was es in der einen oder anderen Form immer schon gab - den Strafnachlaß für Verräter und Abschwörer. Gäbe es kein Kronzeugengesetz, würde sich an der aktuellen Situation kaum etwas ändern, denn der Druck auf Tarek, nur durch umfassende Aussagen einer Anklage wegen Rädelsführerschaft in den RZ entgehen zu können, wäre derselbe.

Ich glaube, das Schockierende an dem Fall Tarek Mousli ist nicht der Verrat an sich. Vielmehr ist es erstens ein Schlag gegen den letzten überlebenden Mythos militanter Tradition, die Unverwundbarkeit der RZ und damit des Modells autonomer militanter Zellen an sich, für die die RZ Taufpate stand. Das tut weh.

Zweitens ist es der vorläufige Höhepunkt einer Serie von Repressionsschlägen der letzten zwölf Jahre, die die vorher lange relativ „erfolgsverwöhnte" Berliner Szene durchgeschüttelt haben: 1988 der VS-Bulle Benzig, der zwei GenossInnen in Sachen „Amazonen"-Anschläge in U-Haft brachte, 1992/94 der „Fall Kaindel", 1995 die Razzien in Sachen K.O.M.I.T.E.E. und Radikal mit Haftbefehlen gegen diverse Menschen, 1997 die Razzia gegen die Interim, 1999 die Razzien wegen Anti- Castor- Anschlägen, und dazwischen noch allerlei kleinere Aktivitäten z.B. gegen die Antifa- Szene ... das hinterläßt Spuren.

Drittens, und damit rücken wir vor bis zur Gegenwart, hat meiner Meinung nach auch die Reaktion der potenziell Betroffenen zum Dilemma beigetragen. Das Gegeneinander von Rede- und Denkverboten von der einen Seite und wüste Spekulationen von der anderen Seite wirkt lähmend. Es gibt faktisch keine politische Solidaritäts bewegung mit den Gefangenen, sondern im wesentlichen eine Struktur zum juristisch-technischen Umgang mit der Situation, die notwendigerweise völlig dominiert ist von den RechtsanwältInnen. Ich gehe davon aus, daß sie die Interessen ihrer MandantInnen vertreten und aus professionellen Erwägungen heraus handeln, wenn sie- wie bisher geschehen - massiv „deckeln" und politische Aspekte aus dem Verfahren auszublenden versuchen. Deswegen mache ich auch den AnwältInnen keinen Vorwurf (obwohl es durchaus auch die Position gibt, ein offensiv-öffentlicher Umgang mit dem Verfahren sei auch juristisch ein sinnvoller, was allerdings sofort im Dez.1999 hätte eingeleitet werden müssen...). Im Gegenteil: Von den AnwältInnen ist genau diese beschriebe Herangehensweise zu erwarten.

In der Zwickmühle sitzen die UnterstützerInnen und FreundInnen der Betroffenen. Sie kommen aus unterschiedlichen Bereichen und haben sicher alle Mühe damit, ihren Kreis zusammenzuhalten und sich nicht an internen Konflikten aufzureiben.

Informationshierachien, Sozialprestige, Konkurrenz, Mißverständnisse, Überlastungen... und dann wird von außen erwartet, die Leute sollen politische Orientierung für eine Soli-Bewegung geben. Die Beispiele der letzten 15 Jahre zeigen, daß diese Last noch keine Soli-Gruppe schultern konnte, es sei denn , die Betroffenen kamen alle aus der selben sozialen und politischen Ecke oder es gab klare Vorgaben von Seiten der Gefangenen (wie im Falle der RAF).Angesichts der Mehrfachbelastung von Gruppen- und Plenumsstreß und der notwendigen Verknüpfung teils widersprüchlicher Interessen von Gefangenen, Angehörigen, FreundInnen, AnwältInnen, Mitbetroffenen und Politszene werden die Soli-Plena traditionell rasch kleiner und schweigsamer, und drumherum blühen allerlei Gerüchte und Mißstimmungen. Und diese Gerüchte werden überall produziert, von allen Beteiligten, oft ohne es zu merken. Ich will mich lieber gar nicht daran erinnern, wieviel Quatsch mir in den letzten Monaten auch von alten, erfahrenen GenossInnen erzählt wurde - und manches davon habe ich auch noch anderen weitererzählt...

Ich bin nicht der Meinung das sich das ändern würde, wenn die Aussagen Tareks veröffentlicht würden. Ich glaube, daß viele, die eine Offenlegung fordern (sind es überhaupt so viele?), anders reden würden, wenn ihre eigenen Namen darin die Hauptrolle spielen würden. Andererseits entsteht Solidarität nicht nur aus Wissen und Anteilnahme, sonst wird's schnell zu Gehorsam auf Grund von Disziplin - die Partei verordnet Solidarität, und wir schwenken Fähnchen... Die immer wiederkehrende Trotz-Reaktion auf diese Überlegung ist: Aber wieso denn? Weshalb müssen die Leute soviel wissen, um solidarisch zu sein? Die wollen doch nur Infos haben aus purer Neugier! Das stimmt zwar auch, aber so sind sie nun mal, die Leute. Ah, ich sehe, gerade kommt der olle Brecht ins Zimmer und flüstert mir ins Ohr: Wer das nicht aushalten kann, löse die alte Szene auf und wähle sich eine neue.

Was mich richtig nervt, ist, daß sich bei einigen Leuten plötzlich die ganze Welt um den eigenen Bauch zu drehen scheint, wodurch sich ihre persönlichen Interessen und Ängste auf irritierende Weise mit politischen Debatten vermischen. Und das gilt für Menschen aller verwickelten Fraktionen, ob sie nun für die politische „Öffnung" eintreten oder für einen defensiven Umgang. Die Unfähigkeit, andere Sichtweisen zu akzeptieren (oder überhaupt nur zu begreifen) und damit umzugehen, macht sicher einen großen Teil des Stresses aus unter dem alle leiden - auch die, die ihn selbst produzieren.

Aber die „Biographisierung" der radikalen Linken scheint ja gerade in Mode zu sein. Die Geschichte der militanten Politik v.a. der bewaffneten Gruppen, wird kaum von aktiven Gruppen oder Einzelnen Thematisiert, sondern in den persönlichen Erinnerungen einzelner abgehandelt. Diese Biographien haben ihre Berechtigung, aber das kann doch nicht alles gewesen sein!? Auf der politischen Bühne scheint sich die Parole „das Private ist politisch" so verselbstständigt zu haben, daß linksradikale Politik im wesentlichen von den persönlichen Befindlichkeiten der einzelnen gesteuert wird. Ebensowenig will ich mich damit zufrieden geben, daß - meistens in den letzten Jahren - politische Verfahren und Prozesse zur Privatangelegenheit mehr oder weniger zufällig Betroffener und ihrer AnwältInnen werden. Der Repressionsschlag rund um Tarek Mousli richtet sich wie gesagt nicht gegen den Mehringhof und nicht gegen antirassitische Arbeit, sondern gegen militante linksradikale Organisierung, völlig unabhängig vom Wahrheitsgehalt der Aussagen. Damit hat sich die radikale linke zu befassen, und - angesichts der offensichtlich angeschlagenen Verteidigungsstrategie - nicht die AnwältInnen und nicht die unmittelbaren UnterstützerInnen der Beschuldigten. Es ist auch klar, daß die im Raum stehenden Knaststrafen so hoch sind, daß gerade die Gefangenen sehr vorsichtig und gründlich jedes öffentliche Wort abwägen müssen und werden. Die Konsequenz daraus scheint mir, daß - wie erlebt bei den beiden bisherigen Veranstaltungen in Berlin, Humbold-Uni 23. März und Kato 6. Juni - jeder Versuch, alles unter einen Hut zu bringen, zu einer weiteren politischen Demobilisierung und Lähmung führt. Wer die Soli-Bewegung der letzten Jahre miterlebt hat, wendet sich mit Grausen ab angesichts des Wiederholungszwangs und denkt sich, daß jede Szene die Soli-Bewegung bekommt, die sie verdient. Es ist das selbe Prinzip wie oben beschrieben in Sachen militanter Politik: wo keine offensive, mutige politische Szene ist, ist auch kein entsprechender Ausdruck der Solidarität.

Es gab in der Vergangenheit schon einige öffentliche Stellungnahmen dazu, wobei ich vorallem die Interim 497 (23.März 2000) empfehlen möchte mit dem Text „Wo soll das alles enden?" (von „Dave Boman") und „Akte RZ ungelöst" (aus der Zeitung „Libertad"). Es gibt an beiden Texten auch manches auszusetzen, u.a. die unkritische Übernahme von Spekulationen und Kolportage etwa aus dem „Focus". Was die politische Einschätzung zum „Fall Tarek" und der Soli-Bewegung angeht, sind sie aber in meinen Augen unverändert aktuell und legen den Finger auf die richtige Wunde.

Dennoch bleibt eines klar schlaue Interim-Beiträge oder in „äußeren" Medien lancierte Veröffentlichungen (wie jüngst in Tagesspiegel und taz am 23.6.) sind nichts als bedrucktes Papier, solange dahinter nicht solidarisches Interesse und Engagement von vielen Menschen erkennbar wirken.

Die Erscheinungsform der „Soli-Bewegung" als verkniffene wortkarge Geldsammel - Agentur wird sich von selbst nicht endern.

Es liegt an allen Menschen drumrum, selbst tätig zu werden und die politische Initiative zu übernehmen!

Die Seuche Cannabis

DROGEN AN DEUTSCHLANDS SCHULEN

aus der jungle world

Alles wird besser, weil ...

... Kiffen wieder in Verruf gerät. Dabei war Grasrauchen schon fast durch, gesellschaftlich. Kaum ein HipHop-Song, in dem es nicht ums Kiffen geht, kaum ein »Tatort«, wo nicht die Tochter des Kommissars ordentlich einen durchzieht. Cannabis drohte zu einer ganz normalen Droge zu werden, wie Alkohol und Tabak, wie Playstation. Doch jetzt wird alles wieder zurecht gerückt. »Die Seuche Cannabis« titelte etwa der Spiegel und war sich nicht einmal zu blöd, ein Foto von einer »Cannabis-Abhängigen Kriss (1997)« neben ein Foto der »heroinsüchtigen Christiane F. (Filmplakat von 1981)« zu stellen. Diverse Studien und vor allem die Medien legten nach, und plötzlich ist Kiffen wieder fast so schön verboten wie Beatmusik in den Fuffzigern.

Da ein Verwaltungsgericht in Kassel jetzt entschieden hat, dass man auch eingefleischten Kiffern nicht einfach dauerhaft den Führerschein abnehmen kann, könnte die übelste Folge des Cannabisverbots vielleicht bald ausgeräumt sein. Der Rest ist schön subversiv und verboten. Illegal ist besser! Besser für den Groove und für die Revolution, besser für dissidentes Bewusstsein, besser fürs Geschäft. Warum sollte wie in Holland der Staat auch noch am Cannabis verdienen? Eine Legalisierung würde nur den doch bestens funktionierenden Schwarzmarkt zerschlagen. Und, das sage ich euch: Billiger wird es dadurch auch nicht, siehe Holland! Ein schlechter Ruf beim Spiegel und anderen Oberlehrern ist gut für den Coolness-Faktor des Kiffens. Daher sage ich: Weiter so!

euer dealer

Moin Moin liebe Roch`n`Roll Freundinnen und Freunde!

Endlich ist es soweit, das Hamburger Ausnahmestudio" Fat Pound of Sound" öffnet seine Pforten um das zu unterstreichen,was eigentich schon immer klar war: ROCK`N`ROLL LEBT!

Nicht der öde, vor sich hindarbende new Shit. NEIN!

Back to the Roots and straight away from Hell, ist die Devise an diesem Abend.

Unter Vertrag hat das Fat Pound Studio nurMusiker, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, die vier Grundinstrumente für sich sprechen zu lassen (und dat nich zu knapp). Ohne technischen Schnickschnack usw., wird am 20.8.2004 im Alhambra (OL) bewiesen, daß es noch junge, ehrliche, creative Menschen gibt, die sich in keinstem Fall von ihrer Mission(Roch Da Crowd) abbringen lassen und somit den Saal des Alhambras in die Hölle verwandeln werden. Wer also auf die ehrliche Tour steht, tut gut daran, seinem Hintern zum FAT POUND OF SOUND FESTIVAL zu bewegen.

Der Ausraster wird an euch herangetragen durch :

Spitfire (ass rock) aus HH

Ill Shotgun (power core) ebnfalls HH

The Sprites (jazz metal) Duchy (L.A.)

No Time Toulouse (vooodoo rock) Oldenburg

und ganz spezielle Freunde der FAT POUND Familie.

Die ganze Familie freut sich, jetzt auch in Oldenburg zu spielen und lädt euch herzlichst ein.

literaturseite

kaspar ist tot

weh unser guter kaspar ist tot.

wer verbirgt nun die brennende fahne im wolkenzopf und schlägt täglich ein schwarzes schnippchen. wer dreht nun die kaffeemühle im urfaß. wer lockt nun das idyllische reh aus der versteinerten tüte, wer schneuzt nun die schiffe parapluis windeuter bienenväter ozonspindeln und entgrätet die pyramiden.

weh weh weh unser guter kaspar ist tot. heiliger bimbam kaspar ist tot. die heufische klappern herzzerreißend vor leid in den glockenscheunen wenn man seinen vornamen ausspricht, darum seufze ich weiter seinen familiennamen

kaspar kaspar kaspar.

warum hast du uns verlassen, in welche gestalt ist nun deine schöne große seele gewandert, bist du ein stern geworden oder eine kette aus wasser an einem heißen Wirbelwind oder ein euter aus schwarzem licht oder ein

durchsichtiger ziegel an der stöhnenden trommel des felsigen wesens

(hans arp)

termine:

august :

Mo.	2.8.	19:00	Veranstaltung: Regionale Autonomie
Fr.	6.8.	21:00	Sputnik Konzerte: Big Banders (Ska aus HH) + Chico Trujillo (Chile)
Sa.	7.8.	22:00	Homophilias
Fr.	13.8.	21:00	Reggae Corner
Sa.	14.8.	22:00	FrauenLesben Disco
Do.	19.8.	21:00	Sputnik Konzerte: La Minor (Ska-Chanson aus Rußland)
Fr.	20.8.	22:00	Fat pound of sound Festival
Sa.	21.8.	22:00	Männerfabrik
Sa.	28.8.	22:00	Rosa Disco
So.	29.8.	21:00	Konzert vom SchülerInnenbündnis: Paradox + ZSK (Berlin) + Guerilla Poubelle (Ska aus Frankreich)

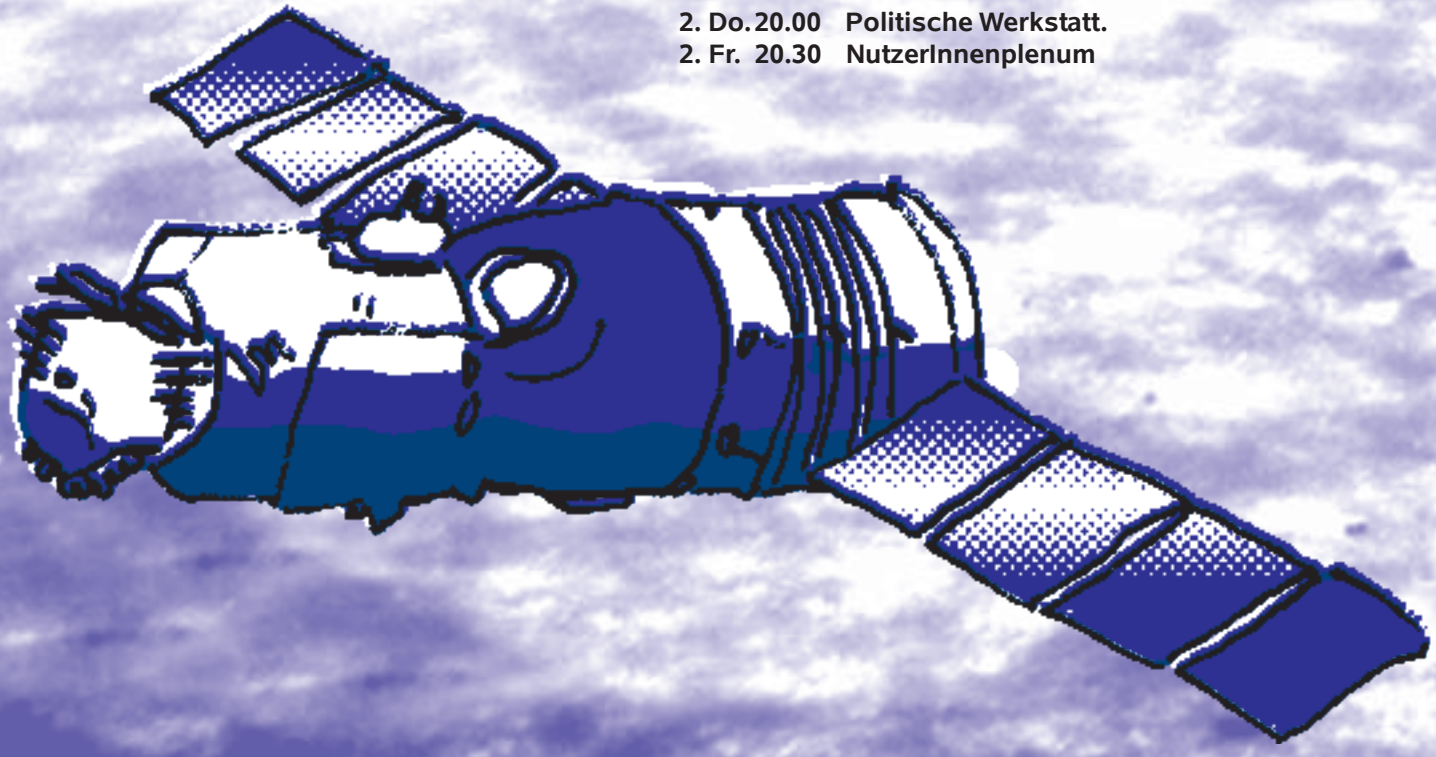
september :

Fr.	3.9.	20:00	Konzert vom SchülerInnenbündnis: Skambulé (Ol)+ Random 99 (Oberhausen)
Sa.	4.9.	22:00	Lesbischwule Beach Party

immer :

Wöchentlich:

Mo.	18.00	Archiv
Mo.	18.00	Crush Hour Concerts
Mo.	20.30	Antifa - Cafe
Do.	17.00	Jugendcafe „Kaluppe“
Do.	18.00	SchülerInnenbündnis „Swimmy“
Do.	19.00	Vokü, danach Kneipe
Do.	21.00	Oldenburger Rechtshilfe

Monatlich:

1. Mi.	20.00	Frauenlesben Kneipe
1. Do.	21:00	Jazz-Cafe.
2. Do.	20.00	Politische Werkstatt.
2. Fr.	20.30	NutzerInnenplenum